

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M., Anzeigenpreis die 6 Spalten, Coloneltelle für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Zum Gewerkschaftsstreit.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften erläßt folgende Erklärung:

Die katholischen Arbeitervereine des Kartellverbandes für West-, Süd- und Ostdeutschland, die den christlichen Gewerkschaften freundlich und fördernd gegenüberstehen und leben in Frankfurt a. M. ihren Kongreß abgehalten haben, befinden sich in erfreulich aufsteigender Entwicklung. Sie zählen bereits über 300 000 Mitglieder. Im Gegensatz dazu geht der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) mit seinen Fachabteilungen anbauern zurück. Seine Einnahmen an Mitgliederbeiträgen betragen: 1909 280 372 M., 1910 266 266 M., 1911 257 213 M. Die katholischen Fachabteilungen des Berliner Verbandes stehen vor dem vollständigen Zusammenbruch. Sie vereinnahmten: 1909 244 000 M., 1910 226 000 M., 1911 154 000 Mark.

Diese Einnahmen entsprechen einer Mitgliederzahl von höchstens 10 000 gegen 360 000 der christlichen und über zwei Millionen der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die Fachabteilungs-idee konnte sich in zehnjähriger angestrengter Arbeit und mit großem Aufwand an Geldmitteln nicht durchsetzen. Die katholischen Arbeiter selbst waren für diese Idee nicht zu begeistern. Deshalb suchten ihre Vertreter stets auf Umwegen zum Ziele zu gelangen. Zunächst suchte man die deutschen Bischöfe durch unangenehme persönliche Besuche einzeln zu beeinflussen. Als mehrere derselben sich zu unerbetenen ausbringlichen Besuchen verbateten, wurden sie und andere kirchlichen Würdenträger mit schriftlichem Material überschwemmt. Als auch dieser Weg nicht fruchtbar wurde, wurden die christlichen Gewerkschaften in der Öffentlichkeit verleumert. Diese Verleumdung wurde den katholischen Fachabteilungen Ende 1910 seitens der preussischen Bischöfe untersagt. Jetzt würde der Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften verstärkt vom Auslande her aufgenommen. Daneben sollten durch Verbandsratsbeschlüsse von 1910 die Mitglieder des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) in die katholischen Fachabteilungen gezwungen werden. Um dem finanziellen Zusammenbruch zu entgehen, mußten weiter die Unterstützungen reduziert werden, mit dem Ergebnis, daß 1911 die katholischen Fachabteilungen ein Drittel ihrer Mitglieder verloren. Die zehnjährigen und organisatorischen Anstrengungen des Berliner Verbandes für seine Fachabteilungen stellen ein einzig großes Fiasko dar. Was sie erreicht, war lediglich eine Hemmung der christlichen Gewerkschaften und eine indirekte Förderung der sozialdemokratischen Bewegung. Um einem vollständigen Zusammenbruch des „Berliner“ Systems vorzubeugen, suchten dessen Vertreter in den letzten Tagen, über die Köpfe der deutschen Bischöfe hinweg, in Rom eine Beanstandung der christlichen Gewerkschaften für die katholischen Arbeiter zu erwirken. Diesem Zwecke diente eine sogenannte „Huldigungsadresse“ an den Papst, die auf dem Delegiertentag des Verbandes katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) zu Pfingsten dieses Jahres bekannt gegeben wurde. Im Anschluß an diese „Huldigungsadresse“ soll der Papst nicht bloß die Arbeitervereine (Sitz Berlin) belobt, sondern sich gleichzeitig in einer Weise über andere Arbeiterorganisationen ausgesprochen haben, die im Zusammenhang mit der vorerwähnten Adresse und dem gesamten Verhalten des Berliner Verbandes von der Öffentlichkeit als eine Verurteilung der christlichen Gewerkschaften gedeutet wird und die zweifellos vom Berliner Verband selbst auch als eine solche ausgenutzt werden soll.

Die „Huldigungsadresse“ spricht von Organisationen, mit denen der Berliner Verband im Kampfe stehe, die angeblich ihre Aufgabe als „rein wirtschaftlich“ betrachten, im Sinne einer Ausübung der wirtschaftlichen Betätigung von religiöser Lebensauffassung. Sie reklamiert für den Berliner Verband zum Unterschied von anderen Organisationen die Beobachtung der Rechte und Pflichten der Arbeit, des Eigentums und der Wahrung der christlichen Gewerkschaftsordnung. Die „Huldigungsadresse“ bezeichnet als Grund der heftigen Auseinandersetzungen der katholischen Fachabteilungen ihr (der Fachabteilungen) Verhalten, ein friedliches Zusammenwirken zwischen Arbeitern und Arbeitgeberern durchzuführen und dem „Frieden in der Gesellschaft“ zu dienen. Sie wirkt endlich den gegnerischen Verbänden vor, sie setzten „ihre Hoffnungen vorzugsweise auf den wirtschaftlichen Machtkampf“, um schließlich den Berliner Verband als „eine eminente staatszerstörerische Macht, als festes Bollwerk gegen den Umsturz“ (!!!) zu empfehlen.

Noch nie ist das Oberhaupt der katholischen Kirche über Wesen und Charakter der christlichen Arbeiterbewegung Deutschlands schmähtlicher hintergangen und gekränkt worden, wie in dieser „Huldigungsadresse“. Sie ist die Krönung eines jahrelangen Verleumdungs- und Falschzeugens des Berliner Verbandes gegen die christlichen Gewerkschaften. Dagegen erheben die christlichen Gewerkschaften den schärfsten Protest.

Die christlichen Gewerkschaften haben sich als Organisationen die Verpflichtung übernommen, in ihrer gewerkschaftlichen Praxis so zu verfahren, daß die religiös-ethische Ueberzeugung ihrer Mitglieder in keiner Weise verletzt wird. Das hindert aber die christlichen Gewerkschaften keineswegs, ihren Aufgabekreis auf ein bestimmtes wirtschaftliches Gebiet zu beschränken. Eine solche Beschränkung in der Zwecksetzung ist für die deutschen Verhältnisse nicht zu umgehen.

Die große Mehrzahl der deutschen Bevölkerung ist industriell. In fast keinem Lande der Welt ist die industrielle Entwicklung in den letzten Jahren in so schnellem Tempo vorangeschritten, wie in Deutschland. In wenigen Ländern ist die Kartellierung der industriellen Unternehmungen so allgemein, in keinem Lande gibt es so mächtige und festorganisierte Arbeitgeberverbände wie in Deutschland. Dabei hat Deutschland die stärkste Sozialdemokratie von allen Ländern der Welt. In einem solchen Lande ist eine leistungsfähige nicht-sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung eine unabwendbare Notwendigkeit, wenn der nach Millionen zählende Arbeiterstand einen angemessenen Anteil an den Erfolgen der produktiven Arbeit erhalten und die gläubig christlich und national denkende Arbeiterschaft nicht der Sozialdemokratie überantwortet werden soll.

Nun ist aber die deutsche Bevölkerung konfessionell äußerst gemischt; selbst einzelne Industrieregionen mit einheitlicher Konfession der Arbeiter gibt es nicht. In den Arbeitgeberverbänden jeder Industrie und in jedem Teile Deutschlands wirken evangelische, katholische und andersgläubige Arbeitgeber einheitlich zusammen. Mit diesen nichts weniger als konfessionellen Arbeitgeberverbänden müssen die Gewerkschaften ihre Tarifverträge abschließen. Bei solcher Sachlage ist ein einheitliches gewerkschaftliches Zusammenarbeiten aller christlich-nationalen Arbeiter unvermeidlich. Jede Gewerkschaftsorganisation, die auf einer anderen Grundlage aufbauen würde, müßte zur Unfruchtbarkeit verdammt sein, wie das die Entwicklung der Berliner Fachabteilungen schlagend beweist.

Die christlichen Gewerkschaften sind keine Gegner des Privateigentums an Produktionsmitteln, der Kampf ist ihnen nur letztes Mittel zum Zweck; sie sind sich der volkswirtschaftlichen, nationalen und sittlichen Vorbedingungen solcher Kämpfe voll und bewusst. Nicht, weil der Berliner Verband den Frieden in der Gesellschaft will, wird die Fachabteilungs-idee von den christlichen Gewerkschaften abgelehnt, sondern nur deshalb, weil sein System jegliche wahre gewerkschaftliche Selbsthilfe als Mittel zum Aufstieg der Arbeiterklasse ablehnt.

Wir stehen vor Entwicklungen, die den Zwang zur Mitgliedschaft bei einer leistungsfähigen wirtschaftlichen Berufsorganisation mit sich bringen. Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist die christliche Gewerkschaftsbewegung gegenüber dem Gewinnstreben der Sozialdemokratie und ihrem Klassenkämpferischen Mißbrauch der Gewerkschaften auch eine volkswirtschaftliche und nationale Notwendigkeit. Deutschland bedarf der geschlossenen Zusammenarbeit aller national denkenden Volksguppen, soll es die Aufgaben eines 65 Millionenvolkes in Gegenwart und Zukunft erfüllen.

Die christlichen Gewerkschaften sind lebendige Wirklichkeit. Sie haben eine Geschichte. Ihre Mitglieder haben für mehr als 30 Millionen M. Beiträge geleistet. Die Organisationen besitzen ein Vermögen von 7 Millionen M. Sie haben ihren 360 000 Mitgliedern gegenüber tägliche Verpflichtungen. Sie sind an rund tausend Tarifverträgen beteiligt. Das sind Verantwortungen, die die christlichen Gewerkschaften organisch und unzerrückbar verankern mit dem gesamten volkswirtschaftlichen und staatlichen Leben der Nation. Sie stehen und fallen mit der nationalen Zukunftsentwicklung unseres Vaterlandes.

Duisb., 3. Juni. 1912.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.

Zur Generalversammlung.

Die Generalversammlung, diese für unser Verbandsleben so wichtige Tagung wird als Hauptpunkt die Beitragserhöhung zu beraten haben. Daß sie eine solche zum Beschluß erheben muß, erkennen alle einsichtigen Kollegen als unabdingte Notwendigkeit an. Unsere Klassenverhältnisse müssen wieder möglichst der höheren Mitgliederzahl entsprechend auf den alten Stand, wenn nicht noch höher gebracht werden. Gewerkschaftsarbeit von Wert für die Mitglieder ist nur möglich, wenn dem Verbands-

eine starke Kriegskasse zur Verfügung steht. Waren wir doch immer stolz auf unsere Kriegskasse, worauf wir auch in der Agitation nicht ohne Erfolg hinweisen konnten. Sollen wir in der Zukunft gegen andere Organisationen zurückweichen? Was anderen möglich ist, muß auch bei uns möglich sein!

Dem Vorschlage des Kollegen D. S. Magdeburg, die Krankenunterstützung herabzusetzen, kann ich nicht zustimmen. Das krankte Mitglieder unter Umständen 32, 35, ja 40 M. Krankenunterstützung beziehen, können nur ganz vereinzelte Fälle sein. Man kann doch hier nicht verallgemeinern, als sei dies bei der Mehrzahl unserer Mitglieder der Fall. Die meisten Kollegen haben in den Tagen schwerer Krankheit eine Unterstützung mehr wie notwendig. Daß vielleicht ein großer Teil der Unterstützung an Unwürdige ausgezahlt wird, gebe ich zu. Das kann doch aber kein Grund sein, die Rechte der bedürftigen Kollegen zu beschneiden. Hier müßten meines Erachtens die Ortsgruppenvorstände und Kassierer gewissenhafter vorgehen und das Simulantenunwesen energisch bekämpfen. Mein Vorschlag geht dahin, daß die Unterstützungssätze in der Höhe beibehalten werden wie bisher.

Bezüglich der Arbeitslosenunterstützung kann man nach anderer Meinung sein. Würde diese soweit ausgebaut, wie die Krankenunterstützung, so würde gerade diese den Klassenkämpfen Gelegenheit zur Ausbeutung der Klasse geben. Hier müßten meiner Ansicht nach erst mehr Erfahrungen gesammelt werden. Später könnte hier vielleicht weiter gegangen werden.

Kann möchte ich mich noch ausdrücken bezüglich der Staffelleistungen. Dieselben müssen beibehalten werden, und zwar so wie sie sind; das heißt in Zukunft 50, 70 Pfg. und 1 M. Eine weitere Staffellung würde ich nicht anraten. Sie erschwerte die Abrechnung sehr und in der jetzigen Staffellung ist ja auch den Verhältnissen aller Kollegen ziemlich Rechnung getragen. Jedem einzelnen kann man aber nicht recht machen; Gewiß soll nach Möglichkeit den Wünschen der Kollegen entgegengekommen werden. Ich meine jedoch, je einfacher der Apparat, desto besser funktioniert er.

In der jetzigen Staffellung ist ja auch den Bedürfnissen der Schwarzwalder Kollegen Rechnung getragen. Mir scheint jedoch die Kollegen vom Schwarzwald wünschenswert niedere Beiträge und die höheren Unterstützungen, was selbstverständlich nicht geht. Ihre Löhne sind gewiß nicht hoch; aber bei uns in der Pfalz und auch anderwärts kann man Löhne finden, die diejenigen der Schwarzwalder lange nicht erreichen. Das findet man hauptsächlich in der Emailierindustrie. Löhne von 2 bis 2,60 M. für Ermachene sind hier keine Seltenheit. Wenn diese Kollegen ihre Beiträge zahlen können — was sie nebenbei bemerkt getan, weil sie es als eine unbedingte Notwendigkeit erachten, daß ihre traurige Lage gebessert wird — dann müßten es andere auch können. Ohne Opfer kein Sieg! Ich meine, darüber müßte sich doch bald jeder Gewerkschaftler klar sein. Es erübrigt sich, noch viel darüber zu reden und zu schreiben; denn die Mehrzahl der Mitglieder hat dies längst eingesehen.

„Worte sind nur blinde Schiffe, etwas Rauch und etwas Dampf; Taten nur sind echte Treffer, in des Volkes Daseinskampf.“ — Und das ganz besonders bei uns Gewerkschaftlern!
A. Sch., Ludwigshafen u. Rh.

In Dortmund wird das Finanzwesen unseres Verbandes ein Hauptpunkt der Beratungen bilden. Außer dem Kollegen von Böhrenbach, der für seine Gruppe gegen Erhöhung der Beiträge plädiert, sind sich die anderen so ziemlich einig, daß eine höhere Einnahme für unsere Hauptkasse erzielt werden muß. Woher sollen nun aber die Mittel kommen? Das ist die Kardinalfrage. Darauf möchte ich antworten: die Mittel sollen von dort kommen, wohin sie bisher in hohem Maße geflossen sind. Wer die Jahresberichte, die Abrechnungen der Hauptkassen nachprüft, wird finden, daß in den Jahren 1907, 08, 09, 10 und 1911 nicht weniger als 170 Ortsgruppen Zuschüsse von der Hauptkasse erhielten. In diesen Ortsgruppen befinden sich auch jene Kollegen, die sich bisher an der Diskussion zur Generalversammlung beteiligt haben, soweit sich im Organ feststellen läßt, welcher Gruppe sie angehören. Unter diesen 170 Ortsgruppen sind solche welche ganz enorme Summen erhielten, zum Teil 3, 4, ja sogar 5 Jahre nacheinander. Zum Beispiel erhielten Zuschüsse:

- Düsseldorf 2 mal, im ganzen 8000 M.; Hensburg 2 mal, im ganzen 15 000 M.; Dortmund 2 mal, im ganzen 24 000 M.; Hörde 3 mal, im ganzen 16000 M.; M. Gladbach 3 mal, im ganzen 25000 M.; Wermeln 3 mal, im ganzen 34000 M.; Sträßburg 4 mal, im ganzen 180 M.; Saarbrücken 4 mal, im ganzen 4000 M.; Hamburg 4 mal, im ganzen 6000 M.; Bielefeld 4 mal, im ganzen 31 000 M.

Besonders auffallend ist, daß 3 Ortsgruppen seit 5 Jahren jedes Jahr von der Hauptkasse Zuschüsse erhielten. Es waren dies Bruchsal, Leubitz und Sulzbach. An Zuschüssen war das vergangene Jahr besonders reich; 65 Ortsgruppen erhielten Zuschüsse von der Hauptkasse.

Darum erlaube ich den Vorstand und die Delegierten der nächsten Generalversammlung, dies unbedingt berücksichtigen zu wollen. Das heißt, es müssen diejenigen Ortsgruppen vor allem herangezogen werden, die in den letzten Jahren ganz bedeutende Anforderungen an die Hauptkasse gestellt haben und in der nächsten Zukunft stellen werden. Es liegt mir fern, einer Gruppe zunah zu treten. An manchen Orten wird man aus sich selbst das schon getan haben, zu was man nach Lage der Dinge verpflichtet ist. Aber bei sehr vielen Ortsgruppen muß es doch an der nötigen Einsicht und an Opfersinn fehlen, das geht schon daraus hervor, daß nur sehr wenige Verhandlungsleiter freiwillig den Beitrag von 90 Pfg. bzw. 1 M. im Jahre

beziehen, obschon in den letzten Jahren durch unsern Verband an verschiedenen Orten ganz hervorragende Verbesserungen und Löhnerhöhungen für die Kollegen erkungen wurden.

Es sollte nicht die Generalversammlung nachhelfen. Eine generelle Beitragserhöhung empfehle ich nach Lage unserer Verhältnisse absolut nicht. Denn, erstens gehören wir nicht zu jenen Ortsgruppen, die schon Zuschüsse erhielten (und nach langjähriger Erfahrung in den hiesigen Verhältnissen erlaube ich mir ohne den Weltblick und die anerkannten gewerkschaftlichen Talente anderer Kollegen und unserer Führer zu unterschätzen, zu bemerken, daß die nächste Zukunft unsererseits keine außerordentlichen Ansprüche an die Hauptkasse stellen wird.)

Man mag mich als Anglimmer oder vom Kasengeist geplagten Menschen hinstellen oder nicht, jeder kann seine Meinung haben und sollte sie auf Wunsch des Zentralvorstandes zum Ausdruck bringen. Dies habe ich mit Ueberlegung und bestem Gewissen im Auftrage meiner Ortsgruppe getan. Und nun resümieren ich dahin: Eine erhöhte Opferwilligkeit muß aberall dort eintreten, wo die Hauptkasse übermäßig stark in Anspruch genommen wird. Es soll an Beiträgen mindestens das erhobene werden, was der Gegner (der sozialdemokratische Verband) bezahlt. Dabei sollen auch jene Kollegen mit einbegriffen sein, die durch unsern Verband wesentliche Löhnerhöhungen erhielten.

Zum Schluß möchte ich noch bemerken, nach meiner Ansicht gibt es hin und wieder günstige Gelegenheiten, eine Erhöhung der Beiträge durchzuführen. Da, wo durch Streiks, Lohnbewegungen u. a. m. etwas erreicht wird, soll man sich dessen erinnern. Eine Frage ist für uns und wohl auch noch für viele andere außerordentlich wichtig: Wie bekommen wir mehr Mitarbeiter, Vertrauensleute, und wie erhalten wir uns dieselben? Mit der Beitragserhöhung, von der wir uns verschont wissen möchten, kann man wenig nach dieser Richtung hin anfangen. Denn wie bekannt, bringt der zuverlässige und treue Vertrauensmann persönlich, und oft auch finanziell große Opfer.

Anmerkung der Redaktion: Berechtigt ist der Appell des Kollegen G. an die Opferwilligkeit der Kollegen im allgemeinen und auch der an die Kollegen, denen die Wirksamkeit des Verbandes in besonderem Maße zu gute gekommen ist. Aber zu sehr bedenklichen Konsequenzen würde sein Vorschlag führen, nur die Gruppen zur Stärkung der Hauptkasse heranzuziehen, denen bisher die Mittel in hohem Maße zugesprochen sind. Zunächst ist dieses „bisher“ ein sehr wandelbarer Begriff. Wer weiß, ob nicht schon in einigen Wochen auch die Gruppen große Zuschüsse von der Zentralkasse bekommen haben will. Welche Gruppe hat es beispielsweise in der Hand, einer Ausperrung zu entgehen? Ferner haben die Kollegen derjenigen Gruppen, die Zuschüsse erhielten, in vielen Fällen davon persönlich gerade so wenig profitiert wie Kollege G. auch. So brauchen z. B. verhältnismäßig kleine Gruppen, die viel von reisenden Kollegen passiert werden, manchmal Zuschüsse zur Ausschaltung der Reiseunterstützung. Dann soll aber auch kein Gewerkschaftler außer acht lassen, daß eine an einem Orte erkämpfte Löhnerhöhung auch günstig auf den Stand der Löhne an anderen Orten einwirkt — zumal dann, wenn der Arbeitgeber die Gewißheit hat, daß die Kollegen geschlossen in ihrer Organisation bestehen und eine starke Kriegskasse im Rücken haben. Mit der Ablieferung der 5 Wfg. neben den 7 1/2 Prozent

um die Mühsamer Kollegen übrigens nicht mehr und nicht weniger, wie das Statut vorschreibt. Im übrigen stimmen wir wieder voll und ganz mit dem Kollegen G. überein, wenn er meint, daß unsere Kollegen überall dieselben Beiträge leisten können, wie die Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes auch. Unsere christlichen Metallarbeiter sollen sich in Punkt D Opferwilligkeit nicht von den Gegnern beschämen lassen und ihre Organisation nach besten Kräften weiter stärken und festigen. Es handelt sich um ihre Sache.

Die angekündigte Ausperrung in der Metallindustrie ist wieder einmal vertagt worden, hat aber den Metallarbeitern die Notwendigkeit gut fundierter Verbände gezeigt. Vertagt ist die Ausperrung, denn kommen wird sie doch einmal, und das ist jetzt vorzudenken. Die wirtschaftlichen Kämpfe in der Metallindustrie der Vergangenheit beweisen uns, daß die Metallindustriellen nur starke Gewerkschaftsklassen respektieren und sich nur durch diese bewegen lassen, die Gleichberechtigung der Arbeiter in etwa anzuerkennen. Hat der christliche Metallarbeiterverband bis jetzt in bezug auf Bestimmungsfähigkeit an der Spitze der Metallarbeiterorganisationen gestanden, so muß es Ehrenpflicht jedes Mitgliedes sein, ihm auch in Zukunft diese Position zu erhalten. Deshalb muß jetzt die altbewährte Opferwilligkeit der christlichen Metallarbeiter neue Früchte zeitigen. Als christliche Arbeiter werden wir uns doch nicht von den Gegnern beschämen lassen, indem wir zwar dieselben Unterstützungen beanspruchen, aber weniger Beiträge bezahlen wollen. Die Metallindustriellen führen heute das Geschäft ab wie vor einem Jahre. Während bis vor kurzem der Beitrag 5 Mk. pro 100 Arbeiter und Jahr betrug, beträgt er jetzt 30 Mk.

Uns Metallarbeitern stehen noch schwere Kämpfe bevor. Kapitalistische Unternehmer, wie sie nicht so leicht eine andere Industrie aufweilt, schufen sich zur Rückensicherung den mächtigsten Arbeitgeberverband. Aber auch in den Reihen der Metallarbeiter sibt noch ein Gegner, der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, der rücksichtslos ein Arbeitsmonopol für sich erstrebt und auch unlautere Mittel nicht verschmäht, um dieses Ziel zu erreichen. Unsere diesjährige Generalversammlung wird deswegen nicht daran vorbeikommen, die Beiträge zu erhöhen. Die Unterstützungsfähigkeit bleiben stehen; wir sind sowieso der Zeit voraus geeilt und haben die höchsten Unterstützungsfähigkeiten in der ganzen Gewerkschaftsbewegung. Verschiedenen Kollegen, die immer die „Mittelleistungsfähigkeit“ der anderen in den Vordergrund stellen, möchte ich einmal anraten, die für ihre Nögelei benötigte Zeit für die Propagierung der Notwendigkeit der Beitragserhöhung zu verwenden, damit ist der Sache mehr gedient. Bisse Jungen behaupten gewöhnlich, daß solche Kollegen durch vorschreiben der „anderen“ nur ihren eigenen Absichten zum Durchbruch verhelfen wollen. Der Kollege Giesen-Düffelhoff hat einen gefunden Vorschlag gemacht, indem er den gesamten Beitrag an die Zentrale abgeführt und die Bezirksausgaben dann von der Zentrale bestritten wissen will. Dadurch würden alle Ortsgruppen gezwungen, einen Lokalbeitrag einzuführen. Es wäre wünschenswert, diesen Vorschlag auf seine Durchführbarkeit zu prüfen. Mögen sich die Delegierten, aber auch die Mitglieder der Notwendigkeit der weiteren Stärkung unseres Verbandes bewußt sein und auf eine weitere Erstarkung hinarbeiten, uns zum Ruh, dem Gegner zum Trutz.

Die diesjährige Generalversammlung unseres Verbandes wird sich voraussichtlich auch mit dem Unterstützungswesen zu befassen haben. Es sei jedoch im Voraus gesagt, daß die Hauptaufgabe unseres Verbandes ist: bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem Boden der ausgleichenden Gerechtigkeit zu schaffen, Erworbenes zu erhalten und angebrochte Verschlechterungen fernzuhalten. Erst in zweiter Linie kommt das in unserem Verbands ähnliche Unterstützungswesen in Betracht. Trostheim ist dieses aber doch ein wichtiger Faktor im persönlichen und wirtschaftlichen unserer Mitglieder und deren Familien und das Krankenunterstützungswesen ist einer der wichtigsten Punkte, sowohl in der vorherbezeichneten Weise als auch in der Agitation. Es wird wohl jedem Agitator schon oftmals die Frage nach den Leistungen unseres Verbandes gestellt worden sein, und die Hauptfrage wird immer die gewesen sein, welche Krankenunterstützung den Mitgliedern gewährleistet wird; es wird aber schon jeder Agitator die bittere Erfahrung gemacht haben, daß gerade in der Beantwortung der letzteren Frage

ein schwieriger Punkt zur Gewinnung neuer Mitglieder steht, wenn erklärt werden muß, daß in der 75 Wfg.-Klasse 80 Wfg.-Klasse die Krankenunterstützung erst mit dem dritten Krankentage beginnt, daß in der 55-, bzw. 60 Wfg.-Klasse überhaupt keine Krankenunterstützung gewährt wird. Vielfach hört der Agitator die Bemerkung, daß, obwohl der Verband andere Unterstützungen gewährt, er dennoch in den schwierigsten Lebenslagen, also bei Krankheit, nicht in dem Maße den Mitgliedern zu Hilfe komme, wie es oftmals die Notwendigkeit bedinge. In dieser Hinsicht sieht sich mancher unserer dem Verbande noch fernstehenden Kollegen und ist aus der oben bezeichneten Ursache nicht zu gewinnen.

Jeder geschulte und gutsituierte Kollege sagt freilich, daß in den ersten 14 Tagen der Krankheit noch so viel Nahrung vorhanden seien und daß die Krankenkassen schon mit dem dritten Tage, die Hilfskassen oftmals schon mit dem ersten Krankentage Krankenunterstützung gewähren. Auch könnten ja die Kollegen in der 105- bzw. 110 Pfennig-Klasse berechnen, daß schon mit dem vierten Tage Krankenunterstützung zu erhalten sei. Diese Kollegen übersehen aber ganz, die Verhältnisse es nicht jedem Kollegen gestalten, der erst Klasse (110 Wfg.) und neben der Pflichtkrankenklasse noch ein Zuschuß oder Hilfskasse anzugehen. Gibt es doch noch Verhältnisse auf dem Lande, so z. B. im Bobgau (Sesler) wo es manchem Kollegen schon schwer fällt, der 60 Wfg.-Klasse zu bleiben, und damit größere Opfer seiner Standesorganisation bringt, als so mancher, der in der ersten und zweiten Klasse leichter Weise seiner Verpflichtung obliegt, weil es das Glück des Wohlstandes ihn mehr oder weniger begünstigt und eine bessere Lebens- und Berufsstellung ihn in die Lage versetzt, größere Beiträge entrichten und einen Notpfennig zurücklegen zu können.

Es wäre deshalb sowohl für die Erhaltung wie auch für die Gewinnung neuer Mitglieder sehr zu begrüßen, wenn die Unterstützungsform der 80- und 60 Wfg.-Klasse einer mäßigen Veränderung unterzogen würde und zwar, daß anstelle der Arbeitslosenunterstützung der 60 Wfg.-Klasse eine solche Krankenunterstützung in Höhe und Zeitdauer der Arbeitslosenunterstützung treten würde; oder diese Klasse könnte dahin abgeändert werden, daß die zurzeit bestehende Unterstützung der 60 Wfg.-Klasse je zur Hälfte des Betrages als Arbeitslosen- und Krankenunterstützung mit bisheriger Zeitdauer gewährt würde; was gleich dürfte zu erwägen sein, ob die Krankenunterstützung in der 80 und 60 Wfg.-Klasse nicht wie bisher mit Beginn der dritten, sondern mit Beginn der zweiten Woche schon zu gewähren sei.

Diesem letzteren Punkte stehen wohl zwei Haupt Hindernisse im Wege, erstens die vermehrte Ausgabe, also größere Belastung der Verbandskasse und dann die Gefahr, daß die Verbandskasse durch Kassenmarber geschädigt und diese fragwürdigen Elemente geschädigt werden. Zu dem ersten Gegenpunkte besteht die begründete Hoffnung, daß die Mehrbelastung durch zahlreiche Mitgliedererwerbungen ausgeglichen wird und daß dem Agitator ein kräftiges Zugmittel in die Hand gegeben und derselbe in die Lage versetzt wird, mit bestimmtem mehr Erfolg arbeiten zu können. Zu dem zweiten Punkte, des Kassenmarberwesens, ist zu betonen, daß es in der Hand der Vertrauensleute und Ortsgruppen bzw. Sektions- sowie Verwaltungsvorstände liegt, derartige Unkraut zu verhindern, durch praktische Aufklärung der Mitglieder und den Appell an ihre Ehre, welche so beschaffen sein und zum Ausdruck kommen muß, daß die Kassenverhältnisse des Verbandes in ihrer Hauptbestimmung, wie eingangs erwähnt, richtig gewahrt und die finanzielle Stärkung der Gesamtkasse erste Bedingung sein muß. Von diesem Geiste müssen die Vorstände erfüllt sein, dann wird auch keine Ausbeute der Kasse vorkommen können, wenn die Kollegen sachgemäß aufgeklärt und zu ehrenwerten, lautezen Charakteren erzogen werden.

Wo ein Wille, da findet sich auch ein Weg. Möge dieses Wort in der diesjährigen Verbandsgeneralversammlung der Leitern zur Beratung vorliegender Vorschläge sein und daraus recht Segensreiches für unsere Mitglieder entspringen, aber auch bei allen Verbandskollegen Verständnis und Würdigung finden, damit Unehrenhaftes vermieden und das Vertrauen zwischen Kollegen und Führern in Verbandstreue immer mehr erstarke. G. U., Münster i. S.

Ueber Legierungen

Von Dr. Hugo Kahl.

Die Sieberpraxis kennt keine reinen Metalle selbst das meist verarbeitete Eisen ist eine Legierung es enthält andere elementare Stoffe, vornehmlich Kohle, Silizium, Spuren von Phosphor, Schwefel, oft Mangan und Nickel. Diese im Hüttenprozess natürlich gewonnene Legierung unterscheidet sich im Prinzip nicht von der künstlich durch Zusammenschmelzen von Metallen oder Metallen und Nichtmetallen gewonnenen.

Zunächst einige allgemeine Bemerkungen. Die Praxis stellt an die Metalle die verschiedensten Anforderungen — und diese wiederum bedingen die Herstellung der verschiedenartigsten Metallmischungen. Es ist natürlich, daß man zuerst beim Eisen die Beobachtung machte, daß keine Mengen fremder Stoffe (siehe oben) seinen Charakter wesentlich bedingen, daß die Temperatur auf das Lösungsvermögen des Metalls einen bedeutenden Einfluß ausübt. Ebenso selbstverständlich ist es, daß man sich bemühte, die charakteristischen Eigenschaften des Roheisens der Technik nutzbar zu machen.

Das Roheisen enthält meistens 6 bis 10 Prozent Mennigen, und hiervon sind wenigstens 2,5 Prozent Kohlenstoff. Die große Bedeutung des Kohlenstoffs, auf die wir noch öfter zurückkommen werden, erhellt besonders aus der durch ihn bewirkten Härtung des Eisens.

Von allen Metallen besitzt das Aluminium die größte Verbrennungswärme, Goldschmidt nutzte dieselbe zuerst praktisch aus zur Erzeugung hoher Temperaturen auf kleinstem Raume in Form eines Gemenges von Aluminiumpulver und Eisenoxyd — Therman genannt — welches sich, durch eine Säubstanz entzündet, im Sinne nachfolgender Gleichung umsetzt: 2 Al + Fe₂O₃ = Al₂O₃ + 2 Fe.

Später, als das Thermanverfahren sich bei der Ausführung größerer Schweißungen in Werkbetrieben und bei umfangreichen Ausbesserungen größerer Maschinenteile — z. B. Zugschleifen — bewährt hatte, erlangte es Eingang in die Hüttenwerke und Eisengießereien, wo es weitgehende Verwendung fand, weil man imstande war, in kürzester Zeit selbst schwer schmelzbare Metalle zu verflüssigen. Uns interessiert besonders, daß das Thermanverfahren in vorzüglicher Weise die Herstellung von Legierungen aus schwer schmelzbaren Metallen gestattet. Dieses Thermanverfahren wurde von Goldschmidt zuerst durch Reduktion von Chromoxyd mit Aluminium in großer

Menge dargestellt. Goldschmidt und Guillet stellten die ersten brauchbaren Stomstähle her. Jetzt bedient man sich des Verfahrens vielfach, um Eisen mit anderen, schwer schmelzbaren Metallen unter Ausschluß anderer Fremdstoffe zu legieren, ich erinnere nur an den Titan- und Vanadin Stahl.

Die meisten Legierungen lassen sich auf weit einfachere Weise gewinnen, man kann die Metalle in bestimmten, von dem gleich zu besprechenden Lösungsverhältnis bedingten Verhältnissen zusammenschmelzen, oder ein festes Metall in einem flüssigen auflösen. Bei der Feuerverzündung eiserner Gegenstände findet z. B. eine solche gegenseitige Lösung und infolgedessen Legierung statt. Sehr rasch löst sich, um hier ein anderes Beispiel zu nennen, festes Kupfer in flüssigem Zinn, und geschmolzenes Antimon nimmt rasch Gold auf.

Die gegenseitige Lösungsvermögen ist aber noch weit größer. Spring gelang es, Legierungen herzustellen, indem er die Metalle in Form von groben Pulvern unter kolossalem Druck zusammenpreßte. Er wandte 7500 Atm. an und erhielt Legierungen, welche den durch Zusammenschmelzen erhaltenen durchaus gleichen. Noch mehr tritt die Neigung der Metalle, sich zu legieren, bei einem anderen Versuch des Forschers zutage. Durch halbtägiges Erhitzen auf 400° C und nachfolgendes geringes Aufeinanderpressen wurden Metallzylinder mit Kupfer und Zinn in der Verührungszone völlig legiert. Robert Austen wies experimentell nach, daß auf dieselbe Weise eine, wenn auch geringfügige Legierung von Gold und Blei erhalten werden kann.

Endlich müssen wir noch die galvanischen Erscheinungen berücksichtigen. Auf galvanoplastischem Wege lassen sich bekanntlich edle Metalle auf unedlen niedererschlagen, man vermindert so das Eisen. Bei näherer Untersuchung bemerkt man dann, daß in der Verührungszone eine Legierung stattgefunden hat.

Selbstverständlich geht die Legierung leichter konstant, wenn man das eine oder gar beide Metalle bis zum Schmelzfluß oder doch auf relativ hohe Temperatur erhitzt. Hierauf bedarf die Fabrikation des Zementstahls. Dünne Schweißstahlfäden werden in Kohlenoxyd über geteilt und in Schamotte-masseln mehrere Tage auf etwa 1000° C erhitzt. Sehr eng zusammen mit dem älteren Zementationsverfahren des Eisens hängt die für den Stahlherstellung wichtige Oberflächenhärtung der wir eine kurze Betrachtung widmen wollen. Schon in früherer Zeit wurden Eisengeräte, welche nur oberflächlich hart zu sein brauchten, in der Weise mit einem Stahlüberzug ver-

sehen, daß man die zu härtenden Gegenstände in tierischer Kohle, Leder, Horn, schwarzgebrannten Knochen glühte oder die glühenden Eisen mit gepulvertem Kalksalz bestreute, sie im Feuer wieder erhitzte und dann abkühlte. Die Wirkung dieser Stoffe beruht darauf, daß sich bei der Besetzung der Kohlenstoff- und Kohlenstoff-Stickstoff-Verbindungen, Kohlenoxydgas und Cyan bilden, welche die Karburierung des Eisens, also die Stahlbildung herbeiführen.

Die physikalischen Eigenschaften des Eisens, Härte und Elastizität, sind wesentlich abhängig von dem Kohlenstoffgehalt. Die Legierung Eisen-Kohle kommt sehr für die Viehkerei in Betracht. Die Oberflächenhärtung derselben verdient hauptsächlich dort Beobachtung, wo es sich darum handelt, in der Motorindustrie den einzelnen Maschinenteilen eine größere Festigkeit zu verleihen. Hochkohlenstoffhaltige Güsse neigen dazu, abzubrücheln oder zu reißen, wenn aus ihnen hergestellte Maschinenteile wiederholten Stößen Widerstand leisten müssen.

Wodurch wird die Karburierung des Eisens herbeigeführt? Im Iron and Steel Institute (London, Oktober 1911) äußerte sich Grolitt in einem Vortrage: „Neue technische Verfahren für den Stahlherstellung“ folgendermaßen: „Wo die Härtung mit festen Oberflächenhärtungsmitteln, die in der Technik gewöhnlich verwendet werden, durchgeführt wird, ist die spezifische Wirkung des Stickstoffs nur sehr schwach. Nur bei den Zementiermitteln, die reich an Cyanverbindungen sind, ist die direkte Wirkung der stickstoffigen Stickstoffverbindungen von merkbarem Einfluß. Die karburierende Wirkung des Kohlenmonoxyd überwiegt ganz bedeutend die aller übrigen Kohlenstoffe. Reines Kohlenmonoxyd karburiert Eisen bei allen Temperaturen, innerhald welcher der Prozeß der Oberflächenhärtung mit irgendeinem Mittel durchgeführt werden kann. Die spezifisch karburierende Wirkung, welche Kohlenmonoxyd auf Eisen bei hohen Temperaturen ausübt, ist auf eine Reihe chemischer Reaktionen zurückzuführen, deren Verlauf und Gleichgewichtszustand genau studiert wurde.“

Verwendet man daher Oberflächenhärtungsmittel, deren Wirksamkeit auf die spezifisch karburierende Wirkung des Kohlenmonoxydes zurückzuführen ist, so kann man Härtungszone erhalten, in welchen die Konzentration des Kohlenstoffes eine vorher bestimmte Maximalgrenze nicht überschreitet.“ Mit anderen Worten, es ist möglich, eine Legierung zu schaffen, die bestimmten Anforderungen genügt. (Fortsetzung folgt)

Die Delegiertenwahlen zur General- Versammlung

hatten folgendes Ergebnis:

I. Bezirk.

Duisburg: Johann Burgard, Heinrich Schreuer, Simon Ramroth.
Mülheim-Oberhausen: August Franzen.
Essen: Bernhard Klüber, Georg Stinnes, Wilhelm Brabenber, Franz Richter, Josef Kaufsch.
Bodum: Wilhelm Engel.
Gelsenkirchen: Bernhard Klümpe.
Dortmund: Heinrich Kreis, Anton Baumjohann.
Düsseldorf: Theodor Bopp, A. Beilken.

II. Bezirk.

Höln: Franz Buchmann, Peter Herz, Heinrich Blum, Josef Busch, Peter Fajbender.
Düsseldorf: Josef Leupke, Arnold Schneckhaus, Peter von der Wippel.
Barmen: Johann Hofmeier.
Solingen: Gerhard Hebborn, Paul Schmitz.
M.-Gladbach: Heinrich Kreis, Willy Heesen.
Aachen: Josef Balbes, Josef Blees, Wilhelm Küsters, Josef Gier, Franz Schümmer.
Krefeld: Anton Siegel.
Siegen: Robert Gierb, Janus Kämpfer.

III. Bezirk.

Hamm i. W.: Math. Föcher, Wilhelm Bovenstiepen, Fritz Bäumer.
Bielefeld: August Oberhoffel.
Hagen: Wilhelm Ales, Fritz Köhle.
Gebelsherg-Schwelm: Karl Gerhard, Otto Wintgens.
Reheim: Franz Hegemann.
Menden: Wilhelm Steinacker, Josef Rosier.
Sippstadt: Ernst Hamer.

IV. Bezirk.

Offenbach: Georg Scherer.

V. Bezirk.

Mannheim: Wilhelm Thelen.

Karlsruhe: Valentin Gruber.

VI. Bezirk.

Wasseralfingen: Anton Ott.

Stuttgart: Karl Gengler.

Forstheim: Raver Kuhn.

Freiburg: Franz Josef Böhrenbach.

VII. Bezirk.

Saarbrücken: Georg Dreher, Hans Kettenhofen.

VIII. Bezirk.

München: Karl Mt.

Mugstburg: Johann Binbl.

IX. Bezirk.

Nürnberg: Adolf Konrad.

Amberg: Josef Heilig.

Schweinfurt: Josef Dedert.

X. Bezirk.

Hannover: Ernst Bellart.

Magdeburg: Wilhelm Buchner.

XII. Bezirk.

Danzig: Richard Gaiswalski.

XIII. Bezirk.

Pattowitz: Franz Czora.

XV. Bezirk.

Hamburg: Georg Hartmann.

Klensburg: Heinrich Duggen.

Die Wahlergebnisse von Fulda, Schw.-Gmünd, Berlin und Chemnitz sind an der Zentrale bis jetzt noch nicht eingegangen. Die betr. Wahlkörperschaften mögen der Zentrale daher umgehend die Adressen der gewählten Delegierten mitteilen.

Anträge zur 7. Generalversammlung.

§ 5.

Essen:

Die Verwaltungsstelle beantragt, dem § 5 ist folgender Passus hinzuzufügen: „Neu Eintretende, welche das 50. Lebensjahr vollendet haben, werden nicht mehr in die 1. Beitragsklasse aufgenommen, in die 2. Beitragsklasse nur ohne Steigerung der Unterstufungsätze. Ueber 55 Jahre alte Kollegen können nur in die 3. Beitragsklasse aufgenommen werden.“

Im Absatz 2 des § 5 ist der letzte Satz, Ehrenmitglieder betreffend, zu streichen.

Hagen-Haspe:

Die Generalversammlung wolle dem Absatz 3 des § 5 folgendes beifügen: „Mitglieder, welche aus anderen Bruderverbänden übertreten, erhalten die Mitgliedschaft und die erworbenen Unterstufungsansprüche insofern angerechnet, daß die gezahlten Wochenbeiträge in Wochenbeiträge unseres Verbandes umgerechnet werden.“ — § 7 bleibt für die aus gegnerischen Verbänden Übertretenden bestehen.

Mülheim-Oberhausen:

Der zweite Absatz des § 5 möge in Zukunft lauten: „Außerdem können Bürger christlicher Konfessionen, die sich für die Bestrebungen des Verbandes interessieren, Ehrenmitgliedern des Verbandes werden. Der Abonnementpreis beträgt pro Jahr 6 Mark.“

§ 7.

Chemnitz:

Die Generalversammlung wolle § 7 Abs. 2 dahin abändern, daß übertretenden Kollegen die Beiträge bis zu einem Jahre voll und die weiteren zur Hälfte angerechnet werden. Geringere Beiträge werden auf den Betrag der übrigen umgerechnet.

Düsseldorf:

Die Verwaltungsstelle beantragt, in Absatz 1 des § 7 wird der Zwischenatz „bis zu einem Jahr“ gestrichen. Absatz 2 wird gestrichen.

Hannover-Wülfel:

Mitglieder, welche aus christlichen Verbänden zu uns übertreten, sollen sämtliche dort eingezahlten Beiträge bei uns angerechnet erhalten.

Mülheim-Oberhausen:

Der 1. Absatz des § 7 möge folgende Fassung erhalten: „Mitglieder, welche aus anderen Verbänden übertreten, erhalten die Mitgliedschaft und ihre erworbenen Unterstufungsansprüche, soweit sie sich mit denen unseres Verbandes decken, bis zu einem Jahre angerechnet, wenn sie ihre Beiträge voll gezahlt haben. Etwaige restierende Beiträge, die aber nicht mehr als 8 Wochen betragen dürfen, müssen sie beim Uebertreten in unseren Verband nachzahlen. Die Beiträge können jedoch nur auf den obligatorischen Wochenbeitrag angerechnet werden.“

Solingen:

Der Absatz 1 des § 7 soll in Zukunft heißen: „Mitglieder, welche aus anderen Verbänden übertreten, erhalten die Mitgliedschaft und ihre erworbenen Unterstufungsansprüche, soweit sie sich mit denen unseres Verbandes decken, angerechnet, wenn sie ihre Beiträge voll gezahlt haben.“ Absatz 2 kommt in Wegfall.

§ 8.

Amberg und Sulzbach i. O.:

Bei der eventuellen diesjährigen Beitragserhöhung möge die Generalversammlung diejenigen Gegenden, die unter schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen leiden, berücksichtigen. Die Beiträge in der 1. und 2. Beitragsklasse wären zu belassen, bis in den betreffenden Gegenden bessere Verhältnisse Platz gegriffen haben.

Die Beitragsverhältnisse für die Staatsarbeiter sind zu belassen wie sie sind.

Barmen:

Die Staffelbeiträge sind beizubehalten.

Bremen:

Die Verwaltungsstelle beantragt: Der Wochenbeitrag ist von 60 auf 70 Pfg. zu erhöhen, ohne eine Aenderung der bestehenden Unterstufungsarten vorzunehmen.

Chemnitz:

Die Klasse 2 soll nicht mehr als obligatorische bezeichnet werden, sondern es soll jedem Kollegen freigestellt werden, in welche Klasse er seinem Einkommen entsprechend zahlen will.

Köln-Boll:

Die Generalversammlung wolle beschließen: Bei Krankheiten, welche länger als 14 Tage dauern, sind für die 14tägige Karenzzeit keine Beiträge zu erheben.

Duisburg:

Die Verwaltungsstelle beantragt, der Wochenbeitrag ist von 60 auf 70 Pfg. zu erhöhen.

Für das Sommerhalbjahr sind sogenannte Saisonmarken zu 10 Pfg. pro Woche einzuführen. Durch die Zahlung dieser Marken können diejenigen Mitglieder, welche im Winter im Industriegebiet und im Sommer in der Landwirtschaft ihren Unterhalt suchen, die einmal erworbenen Rechte aufrecht erhalten. Die Marken zu 10 Pfg. werden nicht angerechnet; auch wird vom Tage der Abmeldung in die Heimat an keinerlei Unterstützung gewährt.

Die Generalversammlung wolle keine Erhöhung des 40 Pfg.-Beitrages vornehmen.

Düsseldorf:

Für jugendliche Mitglieder, welche dem Verbands übertreten, möge eine Aufnahmegebühr von 10 Pfg. eingeführt werden.

Hagen i. W.:

Zu Absatz 1: Die Generalversammlung möge eine Regulierung der Verbandsbeiträge behufs Stärkung der Verbandskasse vornehmen.

Zu Absatz 4: Die Ortsverwaltungen müssen pro Mitglied (Vollmitglied) und Quartal 10 Pfg. Delegiertensteuer an die Hauptkasse entrichten, wovon die Kosten der Generalversammlungen, Kongresse usw. bestritten werden. Jedes Mitglied ist verpflichtet, diese Delegiertensteuer zu zahlen.

München:

Die Generalversammlung wolle den Verbandsbeitrag von 60 auf 70 Pfg. pro Woche erhöhen; ebenso auch die Wochenbeiträge von 40 und 90 Pfg.

Dipe:

Die Verbandsgeneralversammlung nimmt eine Erhöhung der Beiträge vor und schafft gleichzeitig eine neue Beitragsklasse, welche mit Vorkurszuschlag 40 Pfg. pro Woche nicht übersteigen soll. Dafür wären zu gewähren: 12 Mk. Streifenunterstützung pro Woche und Rechtschutz.

Saarbrücken:

Für die in staatlichen Betrieben beschäftigten Metallarbeiter möge folgende Bestimmung in das Statut eingefügt werden: Die in staatlichen Betrieben beschäftigten Metallarbeiter zahlen einen Wochenbeitrag von 40 Pfg. und erhalten: (die in unserem Antrag zu § 9 für die 3. Beitragsklasse beantragten Unterstufungen.)

Der Zentralvorstand hat darüber zu entscheiden, für welche Betriebe diese Bestimmung Anwendung findet.

§ 9.

Aachen und Stolberg:

Falls die Verbandsgeneralversammlung die Erhöhung des obligatorischen Beitrages von 60 auf 70 Pfg. beschließen sollte, stellt die Ortsverwaltung zum § 9 Absatz 3 folgenden Antrag:

In Krankheitsfällen wird die Erwerbslosenunterstützung nach dem 7. Tag bezahlt. Für die ersten sechs Unterstufungswochen beträgt die Unterstützung pro Tag 1 Mark, pro Woche 6 Mark. Sind über 156—260 Wochen Beiträge geleistet, so tritt von der 7. Unterstufungswoche eine Steigerung der Unterstützung auf pro Tag 1,17 Mk., pro Woche 7 Mk. ein. Bei einer Beitragsleistung von über 260—364 Wochen werden von der 7. Unterstufungswoche pro Tag 1,33, pro Woche 8 Mk. gezahlt. Bei einer Beitragsleistung von über 364 bis 468 Wochen werden von der 7. Unterstufungswoche pro Tag 1,50 Mk., pro Woche 9 Mk. gezahlt. Sind über 468 Beitragswochen geleistet, so werden von der 7. Unterstufungswoche pro Tag 1,67 Mk., pro Woche 10 Mk. bezahlt. Die Gesamtunterstützung bleibt in der im § 9 Absatz 4 bezeichneten Höhe bestehen.

geleistet, so werden von der 7. Unterstufungswoche pro Tag 1,67 Mk., pro Woche 10 Mk. bezahlt. Die Gesamtunterstützung bleibt in der im § 9 Absatz 4 bezeichneten Höhe bestehen.

Mitglieder, welche bei Inkrafttreten der neuen Unterstufungsregelung über 156 Wochenbeiträge geleistet haben behalten ihre bisherigen Unterstufungen vom 14. Tag ab. Eine Steigerung der Unterstützung für die ersten sechs Wochen tritt nicht mehr ein. Dagegen wird diesen Mitgliedern nach dem 7. Tag pro Tag 1 Mk., bezw. für die erste Unterstufungswoche 6 Mk. Unterstützung bezahlt.

Amberg und Sulzbach i. O.:

Die Verwaltungsstellen beantragen: Die Beitragsklasse 3 (40 Pfg.) ist auszubauen und folgende Erwerbslosenunterstützung einzuführen:

Nach geleisteten Beiträgen:	Nach dem 14. Tage:
52—156	0,50 Mark pro Tag 8 Wochen lang
156—260	0,60 " " " 8 " "
260—364	0,70 " " " 10 " "
364—468	0,80 " " " 10 " "

Im übrigen bleibt der § 9 Abs. 4 des Statuts bestehen.

Augsburg:

Die Generalversammlung wolle die Karenzzeit für die Krankenunterstützung (Abs. 3b) von 14 Tagen auf 8 Tage ermäßigen.

Barmen:

Die Verwaltungsstelle beantragt, die Karenzzeit bei Krankenunterstützung ist auf eine Woche zu ermäßigen.

Essen:

Die Generalversammlung wolle die 14tägige Karenzzeit bei der Krankenunterstützung auf 8 Tage herabsetzen.

Danzig:

Die Wartezeit bei der Krankenunterstützung möge von 14 Tagen auf 8 Tage reduziert werden.

Dem § 9 möge folgender Zusatz angefügt werden: „Für die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter wird bei 50 Pfg. (resp. nach der Erhöhung 60 Pfg.) Wochenbeitrag eine Krankenunterstützung von wöchentlich 6 Mk. gewährt.“

Dortmund:

Die Verwaltungsstelle beantragt, im Falle einer Beitragserhöhung wird die Krankenunterstützung in der Pflichtklasse vom achten Tage ab gewährt.

Düsseldorf:

Zu § 9 „Unterstützung bei Krankheit“, beantragt die Verwaltungsstelle Beseitigung der Worte „Nach 14 Tagen“ und hierfür einzusetzen, „Nach dem 7. Tage“, bei folgenden Sätzen:

von 52—156 Wochen:	
1. Woche pro Tag	0,70 Mark — 4,20 Mark,
2. " " "	0,80 " — 4,80 "
3. " " "	0,90 " — 5,40 "
4. " " "	1,00 " — 6,00 "
20,40 Mark,	
von 156—260 Wochen:	
1. Woche pro Tag	0,80 Mark — 4,80 Mark,
2. " " "	0,90 " — 5,40 "
3. " " "	1,00 " — 6,00 "
4. " " "	1,17 " — 7,00 "
28,20 Mark,	
von 260—364 Wochen:	
1. Woche pro Tag	0,90 Mark — 5,40 Mark,
2. " " "	1,00 " — 6,00 "
3. " " "	1,17 " — 7,00 "
4. " " "	1,33 " — 8,00 "
26,40 Mark,	
von 364—468 Wochen:	
1. Woche pro Tag	1,00 Mark — 6,00 "
2. " " "	1,17 " — 7,00 "
3. " " "	1,33 " — 8,00 "
4. " " "	1,50 " — 9,00 "
30,00 Mark,	
über 468 Wochen:	
1. Woche pro Tag	1,17 Mark — 7,00 Mark,
2. " " "	1,33 " — 8,00 "
3. " " "	1,50 " — 9,00 "
4. " " "	1,67 " — 10,00 "
34,00 Mark.	

Der in der vierten Woche gezahlte Satz der Unterstützung wird für die Zeit von insgesamt 20 Wochen geleistet.

Die Verwaltungsstelle beantragt ferner, Bestimmungen über eine Notfallunterstützung in das Statut aufzunehmen.

Klensburg:

Die Karenzzeit für die Krankenunterstützung möge, wie bei der Arbeitslosenunterstützung, von 14 auf 8 Tage herabgesetzt werden.

Hagen i. W.:

Die Verwaltungsstelle beantragt, zu Absatz 3: Krankenunterstützung wird nach dem 7. Tage 20 Wochen lang geleistet.

Jugoslawien:

Den Staatsarbeitern möge in der 3. (40 Pfg.) Klasse ein Krankengeld von 6 Mk. pro Woche, steigend bis 10 Mk. auf 20 Wochen gewährt werden.

Saarlouis:

Die Arbeitslosenunterstützung in der 40 Pfg.-Klasse möge in eine Krankenunterstützung in der Weise umgeändert werden, daß vom 14. Tage an auf 6 Wochen Krankengeld gewährt würde. Bei Krankheiten von längerer Dauer, wäre die Unterstützung vom 7. Tag an zu gewähren. Die Arbeitslosenunterstützung fällt dafür in dieser Klasse weg.

München:

Die 14tägige Karenzzeit möge für diejenigen Mitglieder in Wegfall kommen, die innerhalb 14 Tagen nach ihrer Gesundmeldung wiederum von der gleichen Krankheit befallen werden.

Offenbach a. M.:

Die Unterstützung bei Krankheit in der 2. Klasse möge schon nach dem 7. Tage eintreten. In der 3. Klasse werde eine Unterstützung bei Krankheit eingeführt; diese soll mit 3 Mk. beginnen und sich in entsprechenden Steigerungsstufen bis zu 4 Mk. pro Woche erhöhen.

Saarbrücken:

Die Verwaltungsstelle beantragt, nach Erhöhung des Beitrages in der 3. Klasse von 40 auf 50 Pfg. wird neben den bis jetzt gewährten Unterstützungen in dieser Klasse noch folgende Erwerbslosenunterstützung eingeführt: Bei 52-156 geleisteten Wochenbeiträgen auf die Dauer von 6 Wochen 0,50 M. pro Tag; bei mehr als 156 geleisteten Wochenbeiträgen ebenfalls 6 Wochen lang 0,60 M. pro Tag. Die Unterstützung beginnt bei Krankheit nach dem 14., bei Arbeitslosigkeit nach dem 6. Tage.

Solingen:

In Absatz 3b (Unterstützung bei Krankheit) soll es in Zukunft für die 60 Pfg.-Klasse heißen: „Nach dem 8. Tage 20 Bezugswochen lang.“

Stolberg:

Die Verwaltungsstelle beantragt, in der dritten Beitragsklasse ist eine Krankenunterstützung in Höhe und Dauer der bestehenden Arbeitslosenunterstützung einzuführen.

Unterloden:

Die Generalversammlung möge beschließen: Die im Absatz 3 festgesetzte Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit wird gleich derjenigen bei Arbeitslosigkeit vom 7. Tage ab gezahlt.

§ 10.

Wachen und Stolberg:

In Absatz 12 möge das Wort Feiertage gestrichen werden.

Borsheim:

Der Absatz 5 des § 10 soll in Zukunft heißen: „Zeitweises Aussetzen mit der Arbeit wird nur dann als Arbeitslosigkeit gerechnet, wenn das Aussetzen mindestens zwei Tage in der Woche beträgt und dies eine Reihe von Wochen ununterbrochen andauert. Das Aussetzen darf jedoch nicht Geschäftsinventuren zur Ursache haben. Das Mitglied usw. (wie bisher).“

§ 14.

Düsseldorf:

Die Verwaltungsstelle beantragt, es sind die jetzigen Sätze der Streikunterstützung zu streichen, die dritte Klasse der zweiten Beitragsklasse gleichzustellen und folgende Steigerungssätze einzuführen:

a. 90 Pfg.-Klasse:

Table with 4 columns: Weeks, M., u. 1 M., pro Kind, and pro Woche. Rows for 26, 156, 364, and 468 weeks.

b. 60 und 40 Pfg.-Klasse:

Table with 4 columns: Weeks, M., u. 1 M., pro Kind, and pro Woche. Rows for 26, 156, 364, and 468 weeks.

(Der Unterschied zwischen Verheiratet und Ledig fällt fort.)

Der Absatz 3 und ein hierauf sich beziehender Teil des Absatz 15 der Geschäftsankündigung bei Streiks ist zu streichen.

Die Verwaltungsstelle beantragt die Einführung einer nach vierwöchiger Streikdauer zu gewährenden Mietsentschädigung von 10 M.

Essen:

Wir ersuchen die Generalversammlung, dem § 14 folgenden Passus beizufügen: „Mitgliedern, welche kurz vor oder während eines Streiks dem Verbandsbeitritt, kann keine Unterstützung gewährt werden, sondern nur Darlehen mit der Maßgabe, daß der erhaltene Betrag im Falle eines innerhalb zweier Jahre erfolgenden Austritts aus dem Verbands sofort zurückerstattet werden muß.“

§ 27.

Münster:

Die Bezirksausgaben sollen von der Hauptkasse übernommen werden. Als Gegenleistung sollen die 15 bzw. 10 Prozent Lokalfassenanteil an den Beiträgen wegfallen.

Düsseldorf:

Die Verwaltungsstelle beantragt, Absatz 1 des § 27 ist zu streichen und dafür in Absatz 2 des § 35 folgende Änderung vorzunehmen: Die Worte: „wozu außer den 7 1/2 Prozent pro Mitglied und Woche mindestens 5 Pfg. zu entrichten sind“ fallen fort; dafür ist einzusetzen: „hierfür sind 10 Pfg. pro Vollbeitragsmarke abzuführen. Der Bezirk hat für Gehalt und Agitationsausgaben der Beamten aufzukommen.“

Hannover-Wülpe:

Die Generalversammlung wolle bestimmen, daß die Kosten für die Bezirksleitung aus der Zentralkasse bezahlt werden und die dafür abgeführten Beträge den Zahlstellen verbleiben.

Silbeshelm:

Die Kosten für die Bezirksleitung, soweit diese jetzt von den angeschlossenen Zahlstellen getragen werden, sind der Zentrale zu überweisen.

Münster:

Zur Bestreitung der Agitationskosten sollen den Ortsverwaltungen statt wie bisher 10 und 15 Proz., 20 Proz. der Beiträge verbleiben.

Unterloden:

Die der Bezirksleitung nach den §§ 27 und 35 zufließenden Gelder sollen mit an die Zentrale abgeführt werden.

§ 30.

Dortmund:

Wir beantragen, daß in Zukunft auf 1000 Mitglieder ein Delegierter zur Verbandsgeneralversammlung entsandt soll.

Regensburg:

Die Generalversammlung wolle zu § 30 Absatz 1 folgenden Satz beschließen: „Die verantwortlichen Bezirksleiter und Mitglieder der Generalversammlung. Als Dele-

gierte sind möglichst Kollegen zu wählen, welche nach im Arbeitsverhältnis stehen.“

§ 38.

Dortmund:

Die Generalversammlung wolle beschließen: Jeder Ortsgruppe ist nach dem Jahreschlusse ein gebundener Jahrgang unseres Verbandsorgans zu überfenden und die Kosten der Ortsgruppe in Rechnung zu stellen.

Militärunterstützung betr.:

Dortmund:

Die Verwaltungsstelle beantragt, diejenigen Mitglieder, welche vor Beendigung des 17. Lebensjahres dem christlichen Metallarbeiterverband als jugendliches oder Vollmitglied beigetreten sind, sollen eine Militärunterstützung erhalten, wenn sie auf 2 oder 3 Jahre zum Militärdienst eingezogen werden. Diese Unterstützung wird in zwei Raten von je 5 M. (zusammen 10 M.) ausbezahlt. Die Auszahlung der ersten Rate erfolgt zu Weihnachten des zweiten Dienstjahres und die der zweiten Rate sofort nach Beendigung der Dienstzeit, wenn sich das Mitglied innerhalb vier Wochen nach seiner Militärentlassung anmeldet.

Barmen:

Unterstützung der Kollegen beim Militär.

Hagen i. W.:

§ 6 des Jugendstatuts: Diejenigen Kollegen, welche vor ihrer Militärzeit mindestens ein halbes Jahr Vollmitglied des Verbandes waren, sollen eine einmalige Militärunterstützung erhalten, deren Höhe die Generalversammlung beschließt.

Düsseldorf:

Die Verwaltungsstelle beantragt, Bestimmungen über eine Unterstützung der beim Militär dienenden Verbandsmitglieder dem Verbandsstatut einzugliedern.

Verbandsorgan betr.:

Barmen:

Die Verwaltungsstelle beantragt Schaffung einer periodisch erscheinenden Beilage zu unserem Verbandsorgan für die Mitglieder der Jugendklasse.

Silbeshelm:

Für die jugendlichen Mitglieder möge baldigst ein eigenes Organ herausgegeben werden, welches gewerkschaftliche, wirtschaftliche und fachliche Fragen behandelt.

Münster-Oberhausen:

Auf der ersten bzw. letzten Seite unseres wöchentlich erscheinenden Organs möge ein Inhaltsverzeichnis der betr. Nummer angebracht werden.

Vertriebenes.

Münster:

Die Generalversammlung möge dem Zentralvorstand den Auftrag geben, in Augsburg einen Lokalbeamten anzustellen.

Essen:

Die Verwaltungsstelle beantragt, die nächste Generalversammlung nach drei Jahren abzuhalten.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Wir haben an dieser Stelle des öfteren schon darauf hingewiesen, welchen Einfluß die gegenwärtige günstige Lage besonders der Metallindustrie auf die Stimmung der an unserer Volkswirtschaft besonders interessierten Männer hervorgerufen hat. Wir haben von dem gewaltigen Optimismus gesprochen, der diese Kreise beherrscht und sich in einer Kaufkraft äußert, wie sie nur die günstigsten Zeiten der Hochkonjunktur und die wildesten Zeiten der Spekulation gesehen haben. Nicht wenig zu dem Ansturm der Spekulation hat der Umstand beigetragen, daß sich an ihr Kreise beteiligen, die früher — mit Ausnahme etwa der 70er Jahre — ganz außerhalb der Börse gestanden haben. Kleine Kapitalisten, aus Beamtenkreisen und der Geschäftswelt versuchen durch Spekulationsgewinne reich zu werden — die erwirtschaftete Lage, vielleicht auch das vermehrte Luxusbedürfnis verleitet sie, ihr Geld in Spekulationspapieren anzulegen. Gewiß hat dieser reichhaltige Zufluß von Geld und die stark vermehrte Nachfrage zur Erhöhung der Spekulationsstapel viel beigetragen, der innerhalb unserer Reichzeit an den Hauptbörsen Deutschlands — in Berlin und Frankfurt eingeleitet hat. Welchen gewaltigen Grad er angenommen hat, beweisen folgende Tatsachen, die für uns um so interessanter sind, als sie sich auf den Stand der Werke unserer Industrie stützen. Die Aktien der Bogtländischen Maschinenfabrik stiegen an einem Tage um 39, am andern um 90%! Am 2. Januar standen sie auf 471, am 14. Mai aber auf 825! d. i. eine Steigerung von 354%! Diese Abnormität gibt uns gewiß Anlaß zu fragen: ist eine derartige Kurssteigerung in den tatsächlichen Verhältnissen begründet? Da müssen wir zu einem glatten „Nein“ kommen.

Die Bogtländische Maschinenfabrik ist eine der bedeutendsten Sachjens. Ihr Kapital ist zwar nicht übermäßig hoch — seit 1911 beträgt es 3 1/2 Millionen Mark —, die von ihr hergestellten Hand- und Schiffenrüchmaschinen erhielten aber eine so starke Nachfrage, daß die Fabrik in den letzten Jahren 20 und 30% Prozent Dividende verteilen konnte. Dieses günstige Ergebnis ist mit auf die unwalzende Erfindung des Stichtautomaten zurückzuführen, der sehr lebhaft gefragt ist und außerordentlich hohen Gewinn abwirft. Allerdings übertriebene Nachrichten von der Rentabilität des Werkes, besonders Gerüchte vom Abgehen der Stichtmaschine in Amerika trieben die Kurse in der abnormen Höhe. Preissteigernd wirkte natürlich die geringe Anzahl von Aktien, die dem Verkauf zur Verfügung standen.

Im übrigen weiß aber nicht nur die Bogtländische Fabrik eine derartige Steigerung auf, auch andere Papiere partrifizierten an ihr und zwar auf Grund gleich unkontrollierbarer und unbestimmter Gerüchte ohne jedweden realen Hintergrund.

Die Spekulation erreichte einen solchen Umfang, die Kurse wurden so stark in die Höhe getrieben, daß sich der Staatskommissar der Berliner Börse schließlich veranlaßt sah, an den Börsenvorstand ein Schreiben zu richten, in dem die ernstlichen

Befürchtungen über den gegenwärtigen Umfang der Spekulation ausgesprochen waren. „Die Befürchtung liegt nahe, daß ein nach allen Erfahrungen unausbleiblicher Rückschlag, der um so zeitiger und plötzlicher eintreten müsse, je mehr sich Uebertreibungen häufen, für weite Kreise schwere Verluste bringen wird.“ Diese „Befürchtung“ wurde halb wahr! Es ist selbstverständlich, daß ein derartiges, amtliches Charakter tragendes Schreiben stark ernüchternd wirken mußte. Die Ernüchterung zeigte sich in einem plötzlichen Fall der Kurse, der das Gegenstück zu dem plötzlichen Steigen bot. Die Kurse der Bogtländischen Maschinenfabrik sanken an einem Tag um 75%, am folgenden um weitere 15.

Wie aus dem Gesagten schon hervorgeht, ist die Lage der Metallindustrie nach wie vor eine äußerst günstige — auf dem Rohisenmarkt herrscht starke Nachfrage, die Preise sind fest. Die Erneuerung des Stahlwerksverbandes scheint den interessierten Kreisen wie erlösend gewirkt zu haben. Die nur teilweise Kartellierung der Eisenproduktion kann nirgends vermissen. Zwei Gründe sind in erster Linie dafür maßgebend: die günstige Lage fast aller B-Produkte erzeugender Werke und der allgemeine Optimismus, den unsere momentane Wirtschaftslage mit sich bringt. Das Fallen der Kontingentierung der B-Produkte kam den meisten Werken nur erwünscht — konnten sie nun doch, ohne in eine Strafe zu verfallen, so viel produzieren, als sie Lust hatten — und das bei durchaus festen Preisen. Daß diese fest sind, auch ohne Kartellierung, nährt den Optimismus und auch die Zuversicht, durch eine Reihe von Spezialkartellen noch mehr zu erreichen als durch Syndizierung im Stahlwerksverband. Ob dieses Ziel erreicht wird, lassen wir dahingestellt; jedenfalls ist die günstige Lage der Industrie kein guter Nährboden für den Kartellgedanken! Befürchtungen für die Zukunft hegt man wie immer in diesen Fällen nicht — obgleich die Vorzeichen doch sehr gerechtfertigt erscheinen, daß das, was bei einem allgemeinen Konjunkturrückgang eintreten müßte.

Der Verband des Stahlwerksverbandes an A-Produkten weist im April einen starken Rückgang auf — er fiel von 669 924 To. im März auf 468 293 To. und übersteigt den Verband im April des Vorjahres nur um ca. 28 000 To. Läßt dieser Rückgang des Verbandes bereits einen Rückgang der Konjunktur vermuten? Darüber kann ein endgültiges Urteil nicht gefällt werden, man muß mindestens noch die Verbandsziffern vom Mai abwarten, um klar sehen zu können. Denn es ist sicher, daß bei der Verminderung des Verbandes die schwebenden Verhandlungen über die Erneuerung des Stahlwerksverbandes mitgewirkt haben. Auch hier wird eine gewisse Zurückhaltung der Käufer zu konstatieren sein wie in ähnlichen Fällen, die von einem Scheitern der Verhandlungen Vorteil für sich erhoffen.

Die neuen Beteiligungsziffern des Stahlwerksverbandes weisen gegen die vorjährigen keine erhebliche Veränderung auf. Die Neuanteile für die Lothringisch-Luxemburger Werke vergrößern sie naturgemäß — an den Beteiligungsziffern der schon vorher beteiligten Werke hat sich aber nicht viel geändert.

Die Syndikatsfrage ist gegenwärtig in der Metallindustrie akut. Am 31. Dezember d. J. läuft der Walzdrahtverband ab. Wie beim Stahlwerksverband, so stehen auch seiner Erneuerung große Schwierigkeiten im Wege, wo dort ist es auch hier der Kampf um die Quoten, der die Gefahr eines Scheiterns der Verhandlungen nicht für ausgeschlossen erscheinen läßt. Noch ein weiteres kommt hinzu — im Walzdrahtverband sind reine und gemischte Werke. Die Interessen beider sind natürlich entgegengesetzt. Daß der Stahlwerksverband diesen Interessengegensatz noch vermehren kann, ist bei seinem Charakter als Rohstoffverband klar. Eine Erhöhung der Rohstoffpreise muß für die reinen Werke tödlich wirken. Man darf gespannt sein, ob und wie die Verlängerung des Walzdrahtverbandes zustande kommt, das um so mehr, als ja wie oben schon angeführt die feste Zuversicht besteht, die B-Produkte syndizieren zu können.

Die Röhrenindustrie wenigstens scheint diese Hoffnung realisieren zu wollen. Wir haben früher schon von einer Versammlung berichtet, welche die Interessenten am Röhrenmarkt unter Thyffens Führung (ohne Beteiligung der Mannesmannröhrenwerke) vereinigt hat. Inzwischen sind mit diesem offenbar Verhandlungen gepflogen worden, denn an einer zweiten Versammlung nahmen auch sie teil. Das Resultat war die Festsetzung von Mindestverkaufspreisen und die Regelung bestimmter Konditionen für den Verkauf von Gas- und Stiebröhren. Ob wir mit diesen Vereinbarungen nun schon tatsächlich ein Kartell haben, ist noch nicht ganz klar. Bevor man sich darüber äußern könnte, müßte man wissen, ob für die Werke eine mehr als moralische Verpflichtung besteht, die getroffenen Vereinbarungen zu halten. Immerhin bilden die jetzigen Verhandlungen leicht die Vorarbeit für ein Kartell mit festen Formen. Daß ein solches in der Röhrenindustrie leichter zustande kommen kann als in irgend einem anderen B-Produkt, erklärt sich aus der Entwicklung, die der Röhrenmarkt seit der Auflösung der Gas- und Stiebröhrenbündel im Juli 1910 genommen hat. Die beteiligten Firmen hatten reichlich Gelegenheit, den Nutzen eines Kartells an sich selbst zu erfahren, und diese Erfahrung wird sie auch bewegen, wiederum sich zu vereinigen. Die Röhrenindustrie hat auf dem internationalen Markt einen großen Schritt in dieser Richtung getan. Von deutschen, englischen und amerikanischen Röhrenwerken wurden in Düsseldorf Verhandlungen geführt, die eine Regelung der Gasröhrenpreise zum Resultat hatten und zwar für alle kontinentalen Länder. Für Deutschland und die übrigen Länder wurde eine Preiserhöhung beschlossen.

Die Lage unserer Industrie hat sich nicht geändert. In allen Sorten von B-Produkten herrscht sehr lebhafter Geschäftsgang bei durchaus festen Preisen; die Gefahr darf aber nicht verkannt werden, die in dem Mangel von Organisations für die meisten B-Produkte liegt. Ein kleiner Anstoß kann heute genügen, um einen plötzlichen Umschwung hervorzurufen, und die Preissteigerungen nach unten zu lenken. Schon das Bewußtsein oder das Gefühl, daß die Hochkonjunktur nicht mehr lange anhalten könne, kann zu einer katastrophalen führen. Die „Hochkonjunktur“ war noch nie auf so schwanken Füßen gestanden wie eben jetzt, wo die starke Organisation fehlt, und der Käufer leicht zu dem Schluß kommen kann, das Abwarten und Zurückhalten mit Aufträgen besser sei als sofortiges Bestellen. Daß sich diese Ansicht festgesetzt, ist der Umschwung da.

Für den Arbeiter heißt es jetzt, die Augen auf; er darf sich von schönen Berichten nicht über die schmerzlichen Gefahren hinwegtäuschen lassen, die ein Umschwung der Konjunktur für ihn bringt — zumal ein solcher gar nicht außer dem Bereich der Wahrscheinlichkeit liegt. Auch für ihn heißt es: Klärung und Organisation!

Konferenz des Nürnberger Bezirks. (Nordbayern.)

Auf unserer am 19. Mai tagenden Bezirkskonferenz waren sämtliche Verwaltungsstellen des Bezirks vertreten. Außerdem nahm auch Kollege Wieber als Vertreter des Verbandsvorstandes an der Konferenz teil.

Der Geschäftsbericht lag in Broschürenform vor, über Mitgliederbewegung und Beitragsleistung gaben gesonderte Tabellen eine genauere Uebersicht. Die Werbearbeit, insbesondere die agitatorische Kleinarbeit war im Jahre 1911 von Erfolg gekrönt. Die Mitgliederzahl stieg im Bezirk um 49,6 Prozent. Das zweite Mitglieder-Tausend dürfte zurzeit überschritten sein. An dem Fortschritt sind fast alle Gruppen beteiligt. Weit größer noch wäre der Zuwachs, wenn nicht eine starke Fluktuation hemmend gewirkt hätte. Fast die Hälfte der Neuaufgenommenen mußte wieder als Abgang gebucht werden. In vielen Fällen reissen die Kollegen ohne Anmeldung ab. Auf diesem Wege verlieren eine beträchtliche Zahl Mitglieder die Fühlung mit dem Verband. Die Abmeldung vor der Abreise und die Anmeldung bei Ankunft an einem Ort nicht zu unterlassen, muß den Kollegen noch mehr eingeschärft werden. In manchen Gruppen kann die Fluktuation durch ein besseres Einlassierenwesen eingebämmt werden.

Die Jugendklasse wurde erst 1911 gebildet und zählte am Jahresabschluss 1911 112 Mitglieder. In den Gruppen, wo noch kein Anfang auf diesem Gebiete zu verzeichnen ist, muß dies baldmöglichst nachgeholt werden. Versammlungen und Sitzungen fanden im Berichtsjahr 494 statt. Der Bezirksleiter war in 334 Versammlungen, Sitzungen und Unterhandlungen anwesend.

Die der gewerkschaftlichen Arbeit entgegenstehenden Schwierigkeiten sind mannigfacher Art. Von manchen Industriellen wird das gelbe System geübt, bald in verbrämter Form aber auch in Meintutur. Nirgends ist die Unzufriedenheit größer als in der vom gelben Spießsystem niedergebaltener Arbeiterklasse. Es ist für alle Welt zu offenkundig, daß in gelben Domänen die niedrigsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen, wogegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse nicht selten doppelt so hohe Löhne bei weit kürzerer Arbeitszeit aufzuweisen hat. Bei diesem Punkt muß durch unsere Kollegen eine entsprechende Aufklärungsarbeit einsetzen.

Zeit der unsinnigen Taktik des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, der die paritätische Schlichtungsordnung seinerzeit ablehnte, sind jetzt die Metallarbeiter von dem dominierenden Einfluß der Industriellen-Zwangsarbeitsnachweise vollständig ausgeschlossen.

Der Beschäftigungsgrad sowie die Rentabilität in den Unternehmungen unserer Berufe bewegten sich fast durchweg gegenüber dem Vorjahre in aufsteigender Linie. Die Lohnverhältnisse haben in der Regel nur dort eine wesentliche Steigerung erfahren, wo die Arbeiterklasse Kraft ihrer gewerkschaftlichen Organisation Verbesserungen durchsetzen konnte. Im Jahre 1911 waren an 8 Streiks 93 Mitglieder (1910: 12 Streiks und 48 Mitglieder) und an 18 Lohnbewegungen 628 Mitglieder (1910: 7 Lohnbewegungen und 458 Mitglieder) beteiligt. Der Erfolg war: 1911 für 664 Mitglieder eine Lohnerhöhung von insgesamt 55 797 M., (1910 für 449 Mitglieder 16 530 M.) im Jahr, oder durchschnittlich für jeden der Beteiligten 84 M. Mehrlohn im Jahr. Arbeitszeiterhöhung wurde erreicht für 17 Mitglieder insgesamt 1456 Stunden im Jahr (1910: für 193 Mitglieder 5837 Stunden), oder durchschnittlich für jeden Beteiligten 85 1/2 Stunden im letzten Jahre. Der überwiegende Teil der Erfolge konnte erzielenswerterweise auf friedlichem Wege erreicht werden. Für Streikunterstützung wurden von der Hauptkasse 2000,54 M. im Jahre 1911 (im Vorjahre 2771 M.) aufgewendet. Unter den Industriellen begegnet man hin und wieder hinsichtlich des Streiks sehr vernünftigen Anschauungen. So meinte in Nürnberg der Inhaber eines Betriebes als eine friedliche Verhandlung nicht erzielt wurde, und die Arbeiter in den Streik traten: „Wenn es auch zu bumm wird, kommt ihr wieder, wenn es mir zu bumm wird, komme ich wieder, dann reden wir miteinander.“ Nach wenigen Tagen wurde eine Verständigung erzielt. Auf jeden Fall ist bei solcher Anschauung eine Verständigung viel leichter möglich als dort, wo die beiderseitigen Beziehungen durch Haß und „Tobfeindschaft“ vergiftet werden. Sowohl bei Bewegungen wie in Friedenszeiten hat sich der sozialdemokratische Metallarbeiterverband alle Mühe gegeben, unseren Verband auszufalten, um allmählich das sozialdemokratische Arbeitsmonopol etablieren zu können. Hier ist es die Pflicht aller Mitglieder, an der Stärkung unserer Reihen tatkräftig mitzuarbeiten. Dies ist der einzig richtige Weg, um künftig noch mehr wie bisher die sozialdemokratischen Monopol- und Terrorismus-Gelüste zu durchkreuzen.

Gelegentlich bei Bewegungen propagierten sozialdemokratische Beamte den Kontraktbruch, um sich als starken Mann zu zeigen. Diese Hindereien haben z. B. den Genossen in den Siemens-Schuckert-Werken eine klägliche Blamage gebracht. Als einer ihrer Vertrauensleute entlassen wurde, stellten sie die Maschinen ab, während eine Kommission vorstellig wurde. Nach einer kurzen Belehrung von oben, wurde wieder schleunigst weiter gearbeitet. Die folgenden Verhandlungen hatten das Resultat, daß der sozialistische Vertrauensmann auf Wiedereinstellung „verzichtete“. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir jeden Kontraktbruch als unrechtmäßiges Mittel scharf verurteilen. Sieht man das vorher ein, dann kann man sich die Blamage hinterher ersparen.

Die Mehreinnahme aus Beiträgen im Jahre 1911 blieb hinter dem Mitgliederzuwachs insofern zurück, als letzterer sich zu einem Teile aus jugendlichen und weiblichen Mitgliedern rekrutierte. Die Einnahmen aus Markterverkauf für die Hauptkasse stiegen von 27 663,70 M. im Jahre 1910 auf 36 048,45 M. im Jahre 1911. Die Beitragsquote in beiden Jahren war 45,08. Aus der Hauptkasse wurden im Berichtsjahre an Unterstützungen insgesamt 13 515,22 M. verausgabt, davon allein für Krankenunterstützung 9248,79 M. In den Lokalkassen stiegen die Einnahmen von 9586,41 M. in 1910 auf 14862,20 M. im Jahre 1911, und der Stand der Lokalkassen hob sich von 2941,52 M. auf 4242,37 M., wovon allerdings rund zwei Drittel auf die Nürnberger Lokalkasse entfallen. Die Bezirkskasse verzeichnete mit 8884,01 M. Einnahme und 6938,53 M. Ausgabe einen Kasseeinstand am Jahresabschluss von 1945,48 M. Durch fortschreitende Zentralisation zu größeren Verwaltungsstellen wurden zur Erledigung der Verwaltungsarbeiten und für die Agitation kräftige Stützpunkte geschaffen. Wo eine solche Zentralisation immer möglich ist, wird die Stofkraft unserer Bewegung eine weit größere.

In der Diskussion wurde der Geschäftsbericht ergänzend besprochen; alle Delegierten waren sich darüber klar, daß in Nordbayern der gewerkschaftlichen Betätigung noch ein gewaltiges Arbeitsfeld offen steht. Unter dem weiteren Punkt der Tagesordnung wurden die Aufgaben der Verbandsgeneralsversammlung und besonders das Finanzwesen beraten. Die Kämpfe in der Metallindustrie, das Mühen der gewerkschaftlichen Organisationen verpflichtete die Generalversammlung, die Wehrkraft unseres Verbandes zu erhalten. Die Delegierten werden zu erwägen haben, wie im Einklang mit diesen Anforderungen und den Verhältnissen in den einzelnen Bezirken die Finanzverhältnisse auch künftig geregelt werden können, und inwiefern ein weiterer Ausbau der unteren Beitragsklasse möglich ist.

In dem Schlusssatz des Kollegen Wieber fanden der Verlauf der Konferenz sowie die einzelnen Ereignisse ihre kritische Wertung. Die für ganz Süddeutschland angeklungelte Ausbreitung zeige recht klar, wie die Situation für die Metallarbeiter stände. Ob irgend eine angekündigte Aussperrung heute oder morgen, diesen oder im nächsten Monat verwirklicht werde, sei lediglich eine Frage der Zeit. Eine denkende Arbeiterschaft werde sich nie hilflos dem Zufall des Tages preisgeben, sondern bei Zeiten vorbereiten. Mit neuem Mut und altbewährter Kraft gibt es die gewerkschaftliche Kleinarbeit aufzunehmen, an der Stärkung unserer Reihen ausdauernd mitzuarbeiten, um so zur gegebenen Zeit im Verband Wehr und Schutz zu finden. Die Konferenz fand ihren Abschluß mit einem warmen Appell, auf der ganzen Linie die Parole aufzunehmen, die Parole, bis zur nächsten Konferenz das dritte Tausend Mitglieder für unsere Sache zu gewinnen, um gestärkt und mit noch größerem Erfolge die Interessen der Kollegen vertreten zu können. Bleibe keine Gruppe, kein Kollege zurück, wo uns alle der Ernst der Zeit auf die Schenken ruft. A. R.

Das Brandmal des Arbeiterrats

haftet bekanntlich der Sozialdemokratie als Kainszeichen unaussprechlich an der Stirne. Deshalb hebt im roten Lager allemal ein höllisches Geschrei an, wenn man, wie das in unserem Artikel „Streikbrecher“ in Nr. 17 und 18 geschah, den roten sogenannten Arbeiter-„vertretern“ einmal die Denk-„Klarne“ etwas läßt, um der deutschen Arbeiterschaft das wahre Gesicht dieser Heuchlerstippe zu zeigen. Die sozialdemokratische Presse (vergleiche „Volkszeitung“ „Düsseldorfer“ vom 18. Mai) dreht und windet sich vor Unbehagen und sucht durch verweisselte Unterstellungen, dreiste Ablenkungen und Abschwächungen über die ihr unerträglich wahrheit hinwegzukommen. Es ist die alte rote Leier: ein Geschimpfe über „christliche Schwindel-männer“ und die Wiederholung der abgebrochenen sozialdemokratischen Verlegenheitsläge „christlicher Verrat“ beim Putz im im Ruhrbergbau. Um der sozialdemokratischen Presse nun bei ihrer Suche nach Arbeiterrats auf die rechte Spur zu helfen, wollen wir die Maske der sozialdemokratischen Arbeiter-„vertreter“ noch etwas weiter lüften und den Artikel „Streikbrecher“ durch einige weitere sozialdemokratischen „Veldentaten“ ergänzen.

In Eßlern (Oberpfalz) fanden 1908 die christlich organisierten Keramik- und Steinarbeiter in einer Lohnbewegung. Die Genossen hatten bisher vergeblich versucht dort festen Fuß zu fassen. Bei der Lohnbewegung meldeten sie sich an dem Tage, wo für 123 christlich organisierte Arbeiter die Kündigung abließ, in Stärke von 30 Mann zur Arbeit; sie verriecherten dem Betriebsdirektor sogar, daß sie am anderen Tage noch 100 Mann vom Bahnbau in Regensburg mitbringen würden. Der hinterlistige Streik mißlang aber.

Der christliche Bauarbeiterverband hatte 1909 über eine Bau-firma in Eschweiler bei Aachen die Sperre verhängt. Sozialdemokratisch organisierte Maurer verrichteten Streikverhandlungen. Einer entwickelte sich sogar zum Streikbrecheragenten. Der rote „Grumbstein“ (Nr. 28/1909) bestätigt das, indem er schreibt, daß seine Anhänger so gehandelt hätten aus „Selbsterhaltungstrieb“. Der eine Genosse habe nicht den Streikbrecheragenten gemacht, sondern habe nach Hause fahren müssen und bei dieser Gelegenheit einigen Maurern die Arbeitsgelegenheit in Eschweiler mitgeteilt. Dieser Unschuldsnahe! — Solche „Zufälligkeiten“ wijen eheliche Arbeiter richtig einzuschätzen.

Ueber einen „Fall Luzi“ berichtet der Hannoverische „Volks-wille“ (31. 1. 08) aus Hildesheim: „Der Schmied Luzi, der bei der organisierten Arbeiterschaft ein derartiges Vertrauen genoß, daß er es zum Vorsitzenden unseres Wahlvereins, zum Schriftführer des Metallarbeiterverbandes brachte und zum Gewerkegerichtsbeisitzer gewählt wurde“, brachte es fertig, seinen streikenden Bruder, nachdem dieser von der Firma Untermühle vergeblich bearbeitet worden war, zum Streikbruch zu überreden, nachdem der Erfolg für die Arbeiterschaft in greifbarer Nähe gerückt war. Mit Luzi's Unfall war der Streik gebrochen.

Im Jahre 1907 standen in Aachen die Maurer, Fuger, Grund- und Hilfsarbeiter 11 Wochen im Streik. Schließlich stand der Kampf auf des Meisters Schenke. Christliche und ausgenugene italienische Arbeiter verweigerten die Streikarbeit. Ein Arbeitgeber bietet einen höheren als den geforderten Lohn, um Streikbrecher zu erhalten. Die Solidarität liegt. Der „Freie“ Maurerverband aber hob die Sperre auf und nahm den Judaslohn für seine Mitglieder.

Eine schmachliche Rolle spielten Mitglieder des sozialdemokratischen Porzellanarbeiterverbandes 1907 in Bocholt in der Herdabrit F. H. Ellinghorst. In dieser Fabrik war ein Streik ausgebrochen. Die sozialdemokratisch organisierten Maler leisteten aber Raufreierdienste. An dem Streik waren nur christlich organisierte Arbeiter beteiligt.

1907 streikten in Eichstätt die christlichen Bauarbeiter. Einige der Ausständigen wurden auf einem größeren Neubau in München eingestellt. Das ging aber den dort beschäftigten „Genossen“ gegen den Strich. Sie machten den Polier darauf aufmerksam, daß die betr. Arbeiter aus einem Streiforte kämen, also auf der schwarzen Liste stehen müßten. Wenn er dieselben nicht entlasse, werde man es dem Arbeitgeber anzeigen. — So wurden die kämpfenden Kollegen wieder brotlos gemacht.

In der christlichen „Vedearbeiterzeitung“ (6. 1. 06) ist zu lesen: „Das Schuhmachersblatt (rot) bringt in einer Notiz aus Rodalben, wo unsere Verbandsmitglieder im Streik stehen, seine Streikbrecherfreundlichkeit mit folgendem Satz zum Ausdruck: „Es ist recht bedauerlich, daß sich gleich am ersten Tage Arbeitswillige einfanden, aber es kann nichts schaden, wenn die Christlichen, die den Streik führen, von solchen Elementen getäuscht werden.“ Daraus spricht die rote „Nächstenliebe“.

In einer Papierfabrik in Rempten, im bayer. Allgäu, kämpften die Arbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Verlagschaft war mit wenigen Ausnahmen sozialdemokratisch organisiert. Nach und nach nahm ein Teil der streikenden Mitglieder dieser Organisation, neben anderen Arbeitswilligen, die Arbeit wieder auf. Als die Streikenden schließlich verhandeln wollten, erklärte die Firma, sie habe genügend Ersatzkräfte gefunden, die Sache sei erledigt. Die Streikenden wurden nicht wieder eingestellt.

Als im Jahre 1908 die Hütten- und Bergarbeiter auf der Burbacher Hütte den Kampf um das Koalitionsrecht und eine Besserung ihrer miflichen Lage aufnahmen, da waren es Sozialdemokraten Arm in Arm mit Verliner Fach-„abteilern“, die den kämpfenden Arbeitern als Streikbrecher in den Rücken fielen. Sie brachten es aber nicht fertig, den Kampf zugunsten des Unternehmertums zu entscheiden. — Note Brecher!

International wie die Genossen sind auch ihre Streikbrecher-taten: Die sozialdemokratischen Gewerkschaften der Schweiz haben genau dieselben Erziehungsergebnisse zu verzeichnen, wie ihre Bruderverbände in Deutschland, nämlich, daß der Streikbruch in ihren Reihen in Appiger Mäße steht. Im Organ der christlichen Gewerkschaften der Schweiz werden dem roten Holzarbeiterverband allein folgende Fälle aufgezählt:

„Der 16wöchentliche Streik der Wälzenmacher in Schlieren 1907 ging verloren durch Streikbrecher aus den Reihen des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes. Der siebenmonatliche Streik der Holzarbeiter in Bern 1908 ging verloren durch sozialdemokratische Streikbrecher. Vor dem Streik der Holzarbeiter in Luzern unterzeichneten 16 Mitglieder des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes bei der Firma Keller einen Pakt, in welchem sie sich verpflichteten, im Falle eines Streiks weiterzuarbeiten. Der Streik der christlich organisierten und sozialistisch organisierten Holzarbeiter in Winterthur (1911) ging verloren durch die große Anzahl sozialistischer Streikbrecher.“

Bei der letztgenannten Bewegung trug sich, wie wir der „Monatsschrift für christliche Sozialreform“ entnehmen, (Verlag: Basel, Schweiz, Petersgasse 34) folgende ergötzliche Geschichte zu: Auf Anregung des sozialdemokratischen Verbandes wurde zwischen diesem und der christlichen Organisation beim Beginn des Kampfes eine Vereinbarung getroffen, wonach sich beide Verbände unterschriftlich verpflichteten, für jedes zum Streikbrecher werdende Mitglied dem andern Kontrahenten 100 Francs Konventionalstrafe zu zahlen. Nach dem Kampf schuldet der sozialdemokratische Verband auf Grund dieses Vertrages der christlichen Gewerkschaft die Summe von 1500 Fr., die vom Schuldner zwar anerkannt, aber bis heute nicht bezahlt worden ist. Zum Streikbruch also auch noch die Blamage unbezahlter Streikbruchschulden.

In Baden bei Wien mußte ein Streik infolge Streikbruchs der Genossen ohne Erfolg beendet werden. Der „Bauhilfsarbeiter“, Organ der roten Gewerkschaftler Oesterreichs, charakterisiert diese Tatsache folgendermaßen: „Es kann leider nicht verschwiegen werden, daß es (sozialdemokratisch) organisierte Maurer waren, die trotz aller Bemühungen ihrer Ortsgruppenleitungen nicht abzuhalten waren, Streikbruch zu begehen. Das ganze (rote) Streikbruchgeinbel hat es auf dem Gewissen, daß die kämpfenden Bauhilfsarbeiter und Arbeiterinnen den Kampf als nutzlos aufgeben mußten.“

Auch bei dem roten Metallarbeiterverband Oesterreichs kommt derartige häufiger vor. Um den dadurch entstehenden Mitgliederchwund zu vermeiden, ist er auf eine großartige Idee gekommen. Nach Act der bekannten Zeitungsinserates „Rehere zurück, es ist dir alles vergeben“, läßt er seine Streikbrecher folgendes Schreiben unterzeichnen und veröffentlichen:

„Ich bedauere mein unkollegiales Verhalten während des Streiks in . . . und verspreche, in Zukunft ein anständiges Mitglied der Organisation zu sein.“

Damit ist die löcherige Moral wieder repariert und der Streikbrecher darf von den Großen anständiger Mitglieder weiter schmarozeln.

Das Kabinetsstück sozialdemokratischer Streikbrecherei und Streikbruchstakt hat der „alte“ Bergarbeiterverband mit seinen Verbündeten bei dem Streik im Ruhrgebiet geliefert. Kurz nach Beendigung des Streiks wurde nämlich bekannt, daß von dem roten Bergarbeiterverband ein regelrechtes Streikbruch-System organisiert war und daß zur Durchführung desselben besondere Streikbruchagenten hergestelt waren. Der Polierführer Malefka sagte im April in einer Versammlung in Buer in Westf. „Der Dreiebund habe den Streik gewollt. Eine große Zahl der Mitglieder aber untk besonders seiner polnischen Landsleute hätten trotz der Streikparole weitergearbeitet. Nicht der Gewerkeverein sei Schuld am Ausgang des Streiks.“

Nur die ungeheure Verwirrung im roten Lager, hervorgerufen durch den Unwillen der Massen über die roten „Führer“ und der Erkenntnis dieser „Führer“, ein ungeheures Verbrechen an der Arbeiterschaft begangen zu haben, konnte es zu Wege bringen, daß jetzt seitens der Genossen gegen den Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter und die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung mit den Mitteln beispiellosester Demagogie und schamloseter Lüge gekämpft wird. Dem nichts anderes ist es, wenn dort heute in allen Tonarten die korrekte gewerkschaftliche Haltung des Gewerkevereins zu Streikbruch umgelogen wird.

Wir beschließen hiermit vorläufig das Sündenregister der Genossen, wohl wissend, daß die angeführten Tatsachen die Genossen nicht zur Einsicht zwingen werden. Der Zweck des vorstehenden sollte sein, die ganze Erbärmlichkeit und Heuchelei der gegenwärtigen sozialdemokratischen Agitation in das rechte Licht zu rücken und das dürfte gelungen sein.

Der Arbeitsmarkt im April.

Wir konnten in unserem letzten Bericht über die Lage des Arbeitsmarktes mit Genugtuung konstatieren, daß er — gemessen am Verhältnis von Angebot und Nachfrage — eine außerordentlich günstige Entwicklung genommen habe; wir führten sie neben der regelmäßigen Belebung der Industrie im Frühjahr auf den günstigen Stand der Industrien — die Hochkonjunktur — zurück. Nirgends hat sich das blinde Vertrauen auf die „Entwicklung“ schlimmer gerächt als im Wirtschaftsleben. Und doch sind wir nur zu sehr geneigt, bei einem erneuten Ausschmühen des Optimismus in den Vorbergrund zu stellen und nicht daran zu denken, daß ihm eine Reaktion folgen kann, ja folgen muß. Schon oft ist darauf hingewiesen worden, daß die momentane Hochkonjunktur auf schwachen Füßen steht — es erübrigt sich, noch einmal die Gründe für diese Auffassung hier anzugeben. Daß sie nicht unberechtigt ist, mag die Tatsache beweisen, daß der Arbeitsmarkt im April gegen den März nicht nur keinen Ausschmühen genommen, sondern eher eine kleine Abschwächung erfahren hat. Es ist gewiß gerechtfertigt, wenn man bei ihrer Beurteilung die zahlreichen an Othern aus der Lehre entlassenen jungen Arbeiter in Betracht zieht. Ihre Zahl, ihre Nachfrage nach Arbeit hat den Arbeitsmarkt sicher ungünstig beeinflusst. Aber ganz auf ihr Konto möchte ich den Rückgang bei

sonders in unserer Industrie doch nicht selten — dazu ist er zu groß.

Im April d. J. kamen auf 100 offene Stellen bei männlichen Personen 150 Arbeitsgesuche gegen 145 im März 1912 143 im April des Vorjahres. Wir haben nach diesen Zahlen eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes sowohl gegen den Vormonat und auch — und das ist schlimmer — gegen den gleichen Monat des Vorjahres zu konstatieren. Die Entwicklung ist geradezu entgegengesetzt wie im Vorjahr. Da kamen im März auf 100 offene Stellen 210 Arbeitsgesuche, im April dagegen nur 143! Genau das gleiche Bild bietet uns der Markt für weibliche Arbeitskräfte. Auch hier ist eine Vermehrung des Angebotes gegen den März d. J. und den April des Vorjahres eingetreten. Auf 100 offene Stellen kamen im April 99 Arbeitsgesuche, im März dagegen nur 84 und im April des Vorjahres 79. Die Verschlechterung ist hier also noch erheblicher als auf dem männlichen Arbeitsmarkt.

Insgesamt sind bei 727 (729) Arbeitsnachweiser, die im April (März) an das Reichsarbeitsblatt berichteten von männlichen Arbeitern 392 000 (375 000) Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 261 000 (258 000) offene u. 219 000 (215 000) Vermittlungen gegenüberstehen. Die Zahl der Arbeitsuchenden hat sich in weit stärkerem Verhältnis vermehrt als die der offenen Stellen und der Vermittlungen. Von Frauen sind 86 000 (81 000) Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 93 000 (97 000) offene und 55 000 (55 000) vermittelte Stellen gegenüberstehen. Auch hier die gleiche Erscheinung wie auf dem männlichen Arbeitsmarkt.

Noch viel auffälliger als bei diesen Gesamtzahlen tritt uns die Verschlechterung des Arbeitsmarktes entgegen, wenn wir unsere Industrie allein betrachten. Seit November des vergangenen Jahres hat er sich ununterbrochen in aufsteigender Linie bewegt und nur kommt plötzlich ein Rückschlag, der seinen Stand hinter die Entwicklung des gleichen Monats im Vorjahre wirft. Auf 100 offene Stellen kamen im April d. J. 185 Arbeitsgesuche gegen 156 im März und 208 im April 1911. Im Vorjahr war die Zahl der Arbeitsgesuche von 212 auf 208 zurückgegangen! Noch schlimmer steht es mit dem weiblichen Arbeitsmarkt — die Arbeitsgesuche sind von 162 im März auf 183 im April gestiegen. Im April des Vorjahres betrug die entsprechende Zahl nur 135! Bei der oben genannten Zahl von Arbeitsnachweiser sind aus unserer Industrie insgesamt im April (März) 87 759 (76 398) Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 47 482 (48 854) offene Stellen und 42 893 (43 693) Vermittlungen gegenüberstehen. Auch diese Zahlen reden eine deutliche Sprache — eine starke Verminderung der Nachfrage gegenübersteht. Mögen die Kollegen allerorts aus diesen Zahlen lernen, ihren Warnruf verstehen und sich in ihrer christlichen Organisation gegen den Konjunkturumschlag schützen.

Aus der Arbeiterbewegung.

Die umfassende Wirkung der Gewerkschaftsarbeit

wird nicht selten bestritten. Man erhebt den Einwand, die von einer Berufsgruppe kraft der Organisation erzielten Erfolge würden wieder auf schwächere Schultern abgewälzt; die Hebung einer Gruppe erfolge also auf Kosten der anderen. Mit diesem Fehlurteil über die Wirkungen der Gewerkschaftsarbeit stimmt Kollege Th. Brauer in der Schrift „Gewerkschaft und Volkswirtschaft“ gründlich an. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung sei mit Erfolg bestrebt, sich von einer reinen zünftlerischen Abschließungspolitik fern zu halten, und erreiche auch, daß sich ihre Errungenschaften in ihrer Wirkung nicht auf die Mitgliedschaft der einzelnen Gewerkschaft beschränken.

„Die deutsche Gewerkschaft geht vielmehr bewußt davon aus, daß es nicht auf den Aufstieg einer einzelnen Lohnklasse ankommt, sondern daß ein dauernder Aufstieg der gesamten Arbeiterschaft erstrebt werden müsse als Voraussetzung für den Aufstieg jeder einzelnen Gruppe. Es hat denn auch nachgewiesen werden können, daß die Errungenschaften der deutschen Gewerkschaften im weitesten Maße sowohl der gelernten wie der ungelerten Arbeiterschaft zugute gekommen sind.“

Die weit zurückgebliebenen Arbeiterkategorien — ungeschulte Sonderarbeiter, Heimarbeiter, Arbeiterinnen — seien zwar ein großes Hindernis beim allgemeinen Aufstieg, aber auch ihnen könne die Gewerkschaftsarbeit zugute kommen.

„Die gewerkschaftliche Propaganda reicht bis ins entfernteste Dörfchen, und wenn sie auch in sehr vielen Fällen positiv nichts erreicht, so rüttelt sie doch die Massen auf und zieht insbesondere die öffentliche Aufmerksamkeit auf anormale Löhne und Arbeitszeiten in einer Weise hin, daß auch diese Kategorien etwas, wenn auch vielleicht geringeren Anteil an dem Segen der steigenden Produktivität haben. Die indirekte Wirksamkeit der Gewerkschaften kommt in nichts mehr zum Ausdruck, als in dem für die Heimarbeiter erzielten Verbesserungen. Die für diese „Arbeiter der Frauen“ in der Öffentlichkeit unternommenen Schritte wären ohne durchgreifende Mitwirkung der Gewerkschaften einfach undenkbar gewesen. Man denke nur an die Heimarbeitervereinigungen und die umfassende öffentliche Aufmerksamkeit über die Zustände in der Heimarbeiter. So kann mit Recht geschlossen werden, daß die Gewerkschaftsarbeit der gesamten Arbeiterschaft in mehr oder minder hohem Grade zugute kommt, sei es aus direkt oder indirekt.“

Neuer Bericht vom „Szenenabbau“ der Mannheimer Genossen

hat bei der Besichtigung der „Vollstimme“ einen Lobjuchtsanfall ausgelöst — und das soll immerhin im Hinblick auf die bisher unverwundliche Konstitution dieser Sorte Presse etwas heißen. Bei der Besichtigung der direkten Berichten aus lauterer Zeit hat er die „Massenbewegungen der Arbeiter“ mit größter Aufmerksamkeit ihres „kapitalistischen Ausbeuters“ am 1. Mai für den Achtstundentag demonstrieren und dafür an den folgenden Tagen wieder ununterbrochen 12 Stunden im Zuge des Kapitalismus kämpfen, läßt der „Vollstimme“ die „Galle“ über. Die Wahrheit ist nämlich nicht ihr Fall, die Wahrheit ist, wie wir wiederholt Stenographen Seite und Schreiber. So ist es dem aus der Natur des Wortes heraus erklärlich, daß seine rohen „Schlachtpfeile“ Worte enthalten, wie die folgenden: „Junger Verlogenheit“, „unwürdiger Boden“, „Kraut des Deutschen Metallarbeiters“, „Herrgottschneider“, „Lügenpeter“, „Lügen“, „Schwindeln“, „Kloßhölzer“, „Lügenmär“, „Schnurkatt“, „Schwanz in Christo“, „Rechtsscheitern“ u. u. — Und ein neuer Beweis für die Wahrheit des Wortes „Not legt Verrat“ — die rote „Vollstimme“ ruft in ihrer Rat- und Hilflosigkeit sogar den Mannheimer Stadtpfarrer Kuebel um Beistand an — gegen den „jetzen Revolutionsrat“ von Genossen, die die unheimliche Schreimasse des roten Heiligens „Mannheimer“ in Gegenwart „majestätischer“ Christen anzuweihen.

Daß die „Vollstimme“ mit ihrer Schimpferei auf die christlichen Arbeiter und den Deutschen Metallarbeiter daneben haut, geht schon aus folgender Tatsache hervor: Am 16. April morgens auf dem Wege zur neuen Benzischen Fabrik erzählte der „Genosse“ B. . . seinem Begleiter H. . . folgendes: Zu der „frei“ gewerkschaftlichen Fabrikvertrauensmännerversammlung am vorhergehenden Nachmittag sei die Rede davon gewesen, die Betriebsleitung werde verlangen, daß am 1. Mai gearbeitet werde. In besonders temperamentvoller Weise wandte er sich dann gegen diese Humuhung und meinte, darauf lasse man sich nicht ein. Zwei dem Genossen vorausgehende christlich organisierte Arbeiter hörten sich diese Unterhaltung mit an. Als „Genosse“ H. . . darauf einige Tage später von dem einen der christlichen Arbeiter gefragt wurde, wie es denn nun mit der Maßfeier werde, gab er zur Antwort, wie ihm gesagt worden sei, werde am 1. Mai gefeiert. Vom 2. Mai ab werde dann in einigen Abteilungen von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr — also 12 Stunden — gearbeitet. Von dieser Mitteilung des Genossen machten die christlichen Arbeiter Gebrauch, bis der Vorsitzende des Arbeiterausschusses, dem diese Vorkehrung durch die eigenen „Genossen“ natürlich unangenehm war, die Sache abstritt und anders darstellte. Wenn die rote „Vollstimme“ also die „Urheber und Verbreiter“ des ihr unangenehmen Verfalls freizugehen will, so nehme sie sich statt der christlichen Arbeiter die „Genossen“ vor, die „zur größeren Ehre und Verherrlichung“ ihrer Sache die roten „Geheimnisse“ vor unberufenen Ohren ausplauderten. Unsere Kollegen hatten gar keinen Anlaß, mit der prahlerischen aber bestimmten Behauptung des „Genossen“ B. . . hinter dem Berge zu halten. Wenn die Benzgenossen nun diese selbe Behauptung als „Lüge“ und „Schwindel“ hinstellen wollen, so bestätigen sie damit nur, was wir schon lange wußten, nämlich, daß sie an der Manie leiden, den Arbeitern alles und jedes als ihre „Erfolge“ vorzugaukeln, woran sie wirklich so unschuldig sind, wie die Frösche an der Trockenlegung von Sumpfgelände.

Was übrigens von der Glaubwürdigkeit der Mannheimer Genossen und ihrer „Vollstimme“ zu halten ist, mögen unsere Kollegen aus folgender Berichtigung erfahren, die diesem Genossenblatt (Nr. 144) zuzugang:

„Unter Berufung auf den Paragraph 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie, in der nächsten Nr. Ihrer Zeitung folgende Berichtigung

zu veröffentlichen: Die in Nr. 141 der „Vollstimme“ gemachten Mitteilungen über Vorgänge aus der Benzischen Fabrik, soweit Sie mich als Mitglied des christlichen Holzarbeiterverbandes als den „Urheber und Verbreiter“ eines unwahren Verdachts bezeichnen, unwahr. Es ist unwahr, daß der Vorsitzende des Arbeiterausschusses sich erbot, mit sämtliche Vertrauensleute der Freien Gewerkschaften gegenüberzustellen. Es ist unwahr, daß ich gemeint hätte, den Vertrauensmann des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der die kompromittierenden Äußerungen getan hat, nicht mehr zu kennen; als jener dies gesagt habe, sei es dunkel gewesen, daß ich ihn nicht erkannt hätte. Es ist unwahr, daß ich nach der Klarstellung des Vorsitzenden des Arbeiterausschusses die Äußerung des in Frage kommenden Vertrauensmannes sowie auch die daran geknüpften Kombinationen nochmals weiter kolportiert habe. Wahr ist, daß mir der 2. Vorsitzende des Arbeiterausschusses auf meine Schilderung hin, nachdem er mich in fraglicher Angelegenheit am 24. April zur Rede stellte, den Namen des betr. Vertrauensmannes selbst mitteilte. Wahr ist, daß ich den Tag und die Stunde bezeichneter, an dem die nach Aussage des Arbeiterausschusses vorstehenden sowie laut Erklärung der Direktion unwahren Äußerungen seitens des besagten Vertrauensmannes getan worden sind, sowie auch die Person namhaft machte, der gegenüber sie gemacht wurden. Hochachtung Karl Müller.“

Durch diese Berichtigung ist das ganze 1 1/2 Spalten lange Drumherum-Gerede und -Geschimpfe der „Vollstimme“ als Schwindel und Humbug gekennzeichnet. Unser Urteil über die „Massenbewegungen roten He-Idenfeiern“ bei Benz bleibt bestehen; denn selbst die rote „Vollstimme“ muß die Tatsache zugeben, daß ein großer Teil der Tapferen, die am 1. Mai mit gnädiger Erlaubnis der Firma Benz für den Achtstundentag demonstrieren, auf Verlangen der Firma und mit Zustimmung des von wackeren Genossen besetzten Arbeiterausschusses einige Tage nach dem 1. Mai wieder täglich 12 Stunden lang mit nur 2 kurzen Pausen durchgearbeiteten. — Und da sage noch einer, die „tapferen“ Benzgenossen verstanden es nicht, einer Weltfirma im kapitalistischen Klassensystem ihren Willen „aufzuzwingen“! Sie brauchen sich mahelich mit ihren „Erfolgen“ vor den roten 110 aus dem Deutschen Reichstag nicht zu brüsten — und das wird der denkende Teil der deutschen Arbeiterschaft zu würdigen wissen.

Er will nicht gemächlichkeit haben.

Wir berichteten in unserer Nr. 18 vom 4. Mai d. J. nach den Aufzeichnungen eines Augenzeugen, wie die roten „Anführer“ von der Flensburger Werft in einer „öffentlichen“ Versammlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit Stellung zur Maßfeier nahmen. Der Leiter dieser eigenartigen öffentlichen Versammlung, „Genosse“ Schmidt, schwang sich darauf am 28. Mai zu folgender „Berichtigung“ auf, die wir unsern Lesern nicht vorenthalten wollen:

„Flensburg, den 28. Mai 1912. An die verehrl. Redaktion des „Deutschen Metallarbeiters“. In der Nummer 18 vom 4. Mai 1912 bringt Ihre Zeitung eine Notiz aus Flensburg, betitelt „Sozialdemokratische Nachenschaften zur Maßfeier“. In dieser Notiz wird über eine Versammlung berichtet, in der zur Maßfeier Stellung genommen wurde. Die Notiz enthält einige Unrichtigkeiten und da ich als 1. Vorsitzender jener Versammlung besonders auf objektive Berichterstattung lege (was? D. Red.), bitte ich unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes um Aufhebung folgender Berichtigung: 1. Es ist nicht wahr, daß ich bei der Wahl eines 2. Vorsitzenden von den Vorgesetzten einen mir passenden herausgriff; ich habe den Verrufen, der zuerst vorgeschlagen wurde. 2. Es ist nicht wahr, daß von den etwa 600 Anwesenden nur wenige die Hand erhoben, sondern es war die überwiegende Mehrheit. 3. Es ist nicht wahr, daß die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde, denn von den anwesenden Christlichen blieben die meisten im Saal. 4. Es ist nicht wahr, daß dem 1. Vorsitzenden nicht zu wenig Grobheiten an den Kopf geschmissen wurden, weil er im vergangenen Jahre für die Maßfeier agitierte — und trotzdem selbst arbeitete. Ich stelle demgegenüber fest, daß ich im vergangenen Jahre am 1. Mai nicht gearbeitet habe. Rudolf Schmidt, Schmiech.“

Unser Genossenschaftsmann wendet sich zu der Berichtigung wie folgt: Der Genosse Schmidt hätte besser seine Finger vom § 11 des Preßgesetzes weg gelassen; denn durch seine Schein-Berichtigung wird die Sache nicht besser.

1. Trotz der gegenteiligen Behauptung Schmidts bleibt die Tatsache bestehen, daß er unbestimmt um alle anderen

Vorschläge bei der Wahl des 2. Vorsitzenden ausgerechnet nur den ihm passenden Genossen Erichsen herausgriff. Und wer die Verhältnisse kennt, wußte das auch sofort zu „wahrigen“. Stelle man doch seinerzeit auch diesen Genossen, dem Statut zum Trotz, auf die Liste der Kandidaten zum Arbeiterausschuß. Die Direktion mußte ja damals die Genossen noch erst durch Anschlag auf das Einstellungsdatum dieses Kandidaten aufmerksam machen.

2. Ich bleibe bei meiner Behauptung, daß bei der Abstimmung im Verhältnis zu den etwa 600 Anwesenden nur wenige die Hand erhoben — und das Bemerkenwerteste, daß trotzdem eine Gegenprobe zur Feststellung der Mehrheit nicht gemacht wurde, hat Schmidt ja auch nicht „berichtigt“.

3. Es ist doch wahr, daß die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde; das abzutreten, ist einfach unflüchtig. Denn, wenn von der Versammlung — ehe diese in die Tagesordnung eintritt — darüber abgestimmt wird, ob die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes bleiben dürfen oder den Saal verlassen sollen, und das letztere wird bei der Abstimmung angenommen, so muß es doch jedem klar denkenden Menschen zum Bewußtsein kommen, daß dies keine öffentliche Versammlung mehr ist; selbst dann nicht, wenn noch einige unserer Mitglieder dort geblieben sein sollten. Man wäge jedenfalls nicht, sie gewaltsam zu entfernen. Selbst „freie“ Gewerkschaftler und „Parteilosen“ — die ich eventl. namhaft machen kann — haben mir nachher gesagt, daß es nicht richtig war, uns auszuschließen, man hätte dann auf dem Flugblatt bekannt machen müssen, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften keinen Zutritt hätten.

4. Es stimmt tatsächlich, daß Schmidt am 1. Mai 1911 nicht gearbeitet hat; es lag da meinerseits eine Verwechslung Schmidts mit einem von dem halben Duzend Genossen aus der 21gliedrigen Kommission vor, die die andern zum Feiern anstifteten und selbst arbeiteten. Dieser Irrtum konnte mir unterlaufen, weil Genosse Schmidt im Vorjahre wegen seiner „Maßfeier“ nicht wie die andern ausgesperrt wurde. Schmidt ist nämlich eine Genosse von ganz besonderer „Schläue“. Wie uns ein „freier“ Gewerkschaftler und langjähriger Parteigenosse mitteilte, erbat Genosse Schmidt sich im Vorjahre von der Direktion Urlaub für den 1. Mai, um einer Gewerbegerichtsitzung beiwohnen zu können. Diesen Urlaub erhielt er. Schmidt habe dann tatsächlich erst dieser Sitzung beigewohnt und nur für den Rest des Tages den Meirummel mitgemacht. Man sollte nun doch meinen, daß ein so unentwegt feindsüchtiger Genosse, als welchen Schmidt sich in seiner „Berichtigung“ hinzustellen beliebt, nicht mehr für seine werte Person hätte um Urlaub betteln sollen, wo er doch Mitglied der 21gliedrigen Kommission war, die beantragte, den 1. Mai zu feiern. Das soll auch die Ansicht der übrigen Genossen gewesen sein, denn Schmidt hat sich, nach der Versicherung einiger seiner Parteigenossen, für diese „tapferen“ Tat innerhalb der Partei verantworten müssen.

Hoffentlich ist Genosse Schmidt nun befriedigt und lernt aus seiner „Berichtigung“, daß es nicht gut ist, mit Steinen zu werfen, wenn man selbst im Gashawle sitzt.

Rundschau.

Dr. Alexander Tille hat sich eine kräftige Abfuhr geholt, und zwar von einem Organ der Industriellen. Das kann so: Dr. Tille schrieb in seiner „Südwestdeutschen Wirtschaftszeitung“ einen Artikel: „Die Straffreiheit der Vereinigung zur Wirtschaftsförderung und Vortreiberverpressung“. Darauf antwortete ihm das Organ des Verbandes sächsischer Industrieller, die „Deutsche Industrie-Korrespondenz“ folgendes:

„Aus diesen Ausführungen des Herrn Tille verdienen einige Sätze auch der weiteren Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu werden. Nach Dr. Tille ist die sogenannte Koalitionsfreiheit, die Freiheit, sich zusammenzuschließen, um von Seiten der gewerblichen Lohnarbeiter Erpressungen gegen den Unternehmer auszuüben, nur eine Ausnahmegestaltung von dem allgemeinen Erpressungsparagraphen des Strafgesetzbuches der sonst für das ganze Volk gilt. Inbezug auf das Koalitionsrecht spricht Dr. Tille an einer anderen Stelle weiter von „dieser Form des Erwerbs, sich außerhalb des friedlichen Wirtschaftens und außerhalb der ehrlichen Berufsarbeit durch Erpressung eine Veränderung seiner Einkommensverhältnisse zu verschaffen“, und nennt diese eine „Abnormität“, eine „Mörfurbität“ und eine „unmoralische Handlung“. Es sei ein großer Fehler des deutschen Unternehmertums, daß es sich nicht dauernd auf der Anschauung gehalten habe, daß der Streik unter allen Umständen eine unethische Erscheinung und eine verwerfliche Form der Erpressung gewesen sei.“

Dr. Tille faßt dann schließlich seine Auffassung dahin zusammen, daß eine Vereinigung, die absichtlich wirtschaftliche Störungen oder Klassenkämpfe veranstaltet, eine „Erpresserverbande“ darstelle und deshalb unter die strafgesetzlich unerlaubten Dinge falle.

Wir gehören nicht zu denen, die Herrn Dr. Tille ernst nehmen; da es aber noch Leute geben soll, die dies tun, und da diese Ausführungen in der amtlichen Wochenchrift der Handelskammer Saarbrücken erschienen sind, so ist es doch vielleicht wünschenswert, einmal an diesen quersüchtigen Darlegungen Tillescher Geistesproduktion zu zeigen, wie sich auch heute noch in manchen Köpfen die Welt malt. Ob der Saarindustrie mit der Verbreitung solcher Ansichten ihres Vorkämpfers gebient ist, wollen wir dahingestellt sein lassen.“

Das kann sich Dr. Tille an den Spiegel stecken.

Der Antrag auf Schaffung eines Arbeitswillkigenschaftsgesetzes ist am 21. Mai vom Reichstag in namentlicher Abstimmung mit 273 gegen 62 Stimmen abgelehnt worden. Daraus geht deutlich hervor, daß der Reichstag für ein Arbeitswillkigenschaftsgesetz nicht zu haben ist.

Aus der Metallindustrie. Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Gesellschaft nahm bekanntlich nach der Angliederung der Dortmunder Union sehr umfangreiche Um- und Neubauten vor. Zum Teil sind diese fertig gestellt. Zur endgültigen Modernisierung der Betriebe braucht Deutsch-Luxemburg noch ungeheure Kapitalien und zwar 45 Millionen Mark. Das Aktienkapital wird um 30 Millionen, auf 130 Millionen Mark erhöht. Die 30 Millionen Mark neue Aktien werden zum Kurse von 150 gegeben, wodurch ein Drittel die benötigten 45 Millionen erhält. — Das Eisenwerk Kraft und die Niederrheinische Hütte erzielten im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Reingewinn von 2 555 000 M., Dividende wird 12% verteilt. — Die Schiffs- und Maschinenbau-A.G. in Mannheim erzielte einen Reingewinn von 118 000 Mark aus dem 10% für die Vorzugsaktien und 8% für die Stammaktien verteilt werden.

Witwenrente und Wittwengeld in der Reichsversicherungsordnung sind zwei verschiedene Dinge. Die Witwenrente, die nach der neuen Reichsversicherungsordnung nur an erwerbsunfähige Witwen gezahlt wird, wird nach der Invalidenrente des verstorbenen Mannes berechnet und ist nach der Reichsversicherungsordnung stets niedriger als die Invalidenrente. Beim Zusammenreffen des durch eigene Beitragsleistung erworbenen Anspruchs der Witwe auf eine Invalidenrente kann die Witwenrente nicht ausgezahlt werden. Um einen Ausgleich hierfür zu schaffen, also damit beim Wegfall der Witwenrente die Beiträge des Mannes für die Hinterbliebenenversicherung nicht nutzlos geleistet sind, wird der selbst beitragszahlenden Witwe eine einmalige Barzahlung in Gestalt eines Wittwengeldes gewährt. Für die Gewährung des Wittwengeldes ist das Versicherungsverhältnis der Ehefrau beim Tode des Ehemannes maßgebend. Die Witwe kann Anspruch darauf erheben, wenn sie beim Tode des Ehemannes den Anspruch auf eine Invalidenrente erworben, oder wenn sie bei noch bestehender Erwerbsfähigkeit zu diesem Zeitpunkt die Wartzeit für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft aufrechterhalten hatte. In Anlehnung an das Invalidenversicherungsgesetz wird beim Tode einer weiblichen Person, die den Lebensunterhalt der Familie wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemannes ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienste bestritten hat, dem Ehemann für die Dauer der Beschäftigung eine Wittwenrente gewährt. Sie wird auf Grund der Beitragsleistung der Ehefrau berechnet.

Der Kampf gegen die Konsumvereine wird von den selbständigen Geschäftsleuten in der Hauptsache deswegen geführt, weil sie annehmen, die Konsumgenossenschaften bedeuteten den Ruin des selbständigen Mittelstandes. Daß dem nicht so ist, bewies kürzlich ein Vortrag: „Moderne Entwicklungstendenzen im Handel“ Herr Privatdozent Dr. Fritsch von der Handelshochschule in Rostock im hiesigen katholischen Kaufmännischen Verein. Neben den Konsumvereinen, als einem Faktor, der den Detailhandel auszufallen läßt, bemühte, führte Redner an, die modernen Warenhäuser, das System der Massenfilialen und Einheitsgeschäfte für Zigarren, Kaffee, Schokolade, Schuhwaren etc., die Versandgeschäfte (1880 wurden auf der Reichspost für 56 Millionen Mark Nachnahmesendungen versandt, 1911 für 1000 Millionen) und die Werkskonsumstalten. Redner vertrat die Ansicht, daß die Entwicklung der Warenhäuser, der Konsumvereine usw. durch Erhöhung der Warenhaussteuer und Einführung der Dividendenbesteuerung baweren nicht aufgehalten werde. Bisher hätten die Konsumvereine etwa 10 Prozent des Umsatzes an sich gezogen; sie hätten aber nicht eine fassbare Vermehrung der Detailgeschäfte aufzuhalten vermocht. 1837 hätten in Deutschland rund 50 000, im Jahre 1907 aber rund 888 000 Detailgeschäfte bestanden.

Wie die Fleischpreise in die Höhe getrieben werden zeigt ein Bericht, den wir in der „Breslauer Zeitung“ finden. Vom Schweinemarkt in Sosnowice (Kreis Siedlitz) am 20. Mai d. J. hoben die Händler 600 Schweine nach Warschau und Lodz ab. In dem Bericht heißt es weiter:

„Durch diese Gewaltmaßregel wurde der Auftrieb auf 6200 Stück herabgedrückt, und in Anbetracht dessen, daß Oberschlesien seine 2500 russischen Schweine jetzt regelmäßig einführen genötigt ist, hatten die Händler nunmehr leichtes Spiel. Der Preis schnellte sofort um rund 7 Pfg. für das deutsche Pfund Lebendgewicht in die Höhe; infolgedessen erhob sich auf dem Marktplatz ein Lärm, der so hohe Formen annahm, daß die Polizei herbeigerufen werden mußte, um einen offenen Kampf zwischen Fleischern und Händlern vorzubeugen. Die Händler gingen sogar so weit, die bereits vor dem Gewaltbeschlusse zu niedrigeren Preisen verkauften Schweine, trotz der heftigen Verwahrung der Käufer, aus den Buchten heraus und auf den Markt zu treiben, um sie aufs neue zu den nunmehr erhöhten Preisen zum Verkauf zu stellen. In Zahlen dargestellt äußert sich der Gewaltstreik der russischen Schweinehändler in folgender Weise: An den 600 Schweinen, die nach Lodz und Warschau befördert wurden, verloren die Händler rund 20 000 Mark, dagegen erzielten sie durch den auf diese Weise erzwungenen Preisaufschlag für die nach Oberschlesien abgehenden Schweine einen Mehrertrag von rund 40 000 M., so daß ihnen ein reiner Reingewinn von 20 000 M. in die Tasche floß.“

Wir haben ausdrücklich hervor, daß die „Breslauer Zeitung“ kein agrarisches sondern ein freiwirtschaftliches Blatt ist. Die von diesem Blatt aufgezeichnete Tatsache wirkt im Abtrigen für sich.

„Sitz Berlin.“ Dem Westpreussischen Volksblatt (Nr. 121/1912) wird aus Marienburg geschrieben: „In der Generalversammlung vom 5. Mai beschloß der hiesige Kath. Arbeiterverein aus dem Verbands „Sitz Berlin“ auszutreten. Die Verbandsleitung wurde davon sofort in Kenntnis gesetzt. Trotzdem erhielten viele Mitglieder des hiesigen Arbeitervereins am ersten und zweiten Pfingstfeiertage einen hektographierten Zettel folgenden Inhalts:

„Marienburg, den 25. Mai 1912.
Warter Kollege!

Komme den 2. Pfingstfeiertag, gleich nach dem Hochamte zu einer Besprechung nach dem Hotel „Zum Kronprinz“, Schmiedegasse. Wir wollen von dem Berliner Verband Ausklärung verlangen, warum unsere jahrelang gezahlten und sauerverdienten Beiträge jetzt sollen „verloren“ gehen?

Zusammen mit diesem Zettel wurde ein Flugblatt des Verbandes „Sitz Berlin“ überschrieben „Liebe Vereins- und Verbandsmitglieder“ mitgeschickt, das den Vermerk trug: „Bitte, selbst gut durchlesen und an Vereinsmitglieder weitergeben.“ Abwender dieser Drucksachen war, wie er selbst zugegeben, der Arbeitersekretär Nisch-Ebing. Anlaß dazu soll nach seinen Angaben, was wohl auf Wahrheit beruhen dürfte, die Karte eines Mitgliedes der Fachabteilung an die Direktion des Verbandes „Sitz Berlin“ gewesen sein, in welcher das Mitglied anfragte, wo nach Austritt des hiesigen Arbeitervereins sein Beitrag für die Fachabteilung bleibe. — Erschienen waren von den Geladenen höchstens 15, und — was nicht in der Absicht des Einberufers lag — der Präses mit dem gesamten Vorstande des hiesigen Arbeitervereins. Als der Präses, Herr Probst Pöngel den anwesenden Mitgliedern seines Vereins die in der Einladung erwähnte Aufklärung über den Verbleib der Gelder gab, wurde ihm von dem anwesenden Arbeitersekretär Herr Nisch-Ebing der unberechtigte Vorwurf gemacht, daß er die Versammlung löse, obwohl, was ausdrücklich hervorzuheben werden muß, eine Versammlung sich noch gar nicht konstituiert hatte, denn der Einberufer war ganz unbekannt. Anstatt auf sachliche Gründe einzugehen, erhob Herr Nisch-Ebing Beschwerde über die Behandlung der Arbeitersekretäre auf der Präsesversammlung in Wormditt; in ihnen

den Arbeitersekretären, seien die Arbeiter selbst schwer gekränkt und beleidigt worden. Auch in Marienburg, so drohte er, würden die Arbeiter sich künftighin keinen Maulkorb mehr vor den Mund legen lassen, wenn es Probst Pöngel zu tun versuche.

Nach weiteren erregten Aussprachen mehrerer Vorstandsmitglieder des hiesigen Arbeitervereins mit dem Herrn Arbeitersekretär Nisch und seinen Gesinnungsgenossen aus Ebing gingen die Teilnehmer an der Besprechung auseinander mit dem festen Vorsatz: Los von dem Verbands „Sitz Berlin“ und treu dem Arbeiterverein Marienburg!

Inzwischen haben, wie die „Ermstföhrische Zeitung“ berichtet, die aus dem Berliner Verbands ausgetretenen Arbeitervereine mit Zustimmung ihres Bischofs einen ermländischen Diözesanverband der katholischen Arbeitervereine gebildet. So geht „Sitz Berlin“ nach und nach aus dem Leim.

Ein ganz sonderbarer Heiliger der deutschen Sozialdemokratie, den auch das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes häufig zitiert, ist Ferdinand Lassalle. In Nr. 21/12 ließ ihn die „Metallarbeiterzeitung“ erscheinen in auffallender, eingerahmter Schrift als Hüter der Freiheit; es hieß da:

„Wo die geschriebene Verfassung nicht der wirklichen entspricht, da findet ein Konflikt statt, dem nicht zu helfen ist und bei dem unbedingt auf die Dauer die geschriebene Verfassung, das bloße Blatt Papier, der wirklichen Verfassung, den tatsächlich im Lande bestehenden Machtverhältnissen, entgegensteht.“

Keine Fahne, die hundert Schlachten mitgemacht hat, kann so zerfetzt und durchlöchert sein, wie unsere (die preussische) Verfassung! — Lassalle, Politische Aufsätze.“

Von einem solchen Freiheitshelden wie Lassalle sollte man nun glauben, daß er selbst die Demokratie heilig gehalten habe. Welche Auffassung er aber vom Wesen der Demokratie hatte, wurde jüngst wieder kund, als der sozialdemokratische Parteiveteran Dedewitz in Bremen seinen 75. Geburtstag feierte. Bei dieser Gelegenheit wurde folgendes Schreiben veröffentlicht:

„Ich erinne hierdurch Herrn Gustav Dedewitz zum Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für Bremen.
Berlin, 6./4. 64.
Der Präsident.
F. Lassalle.“

Also: „Ich erinne“! Von einer Wahl der Bevollmächtigten keine Spur. Lassalle diktiert und die Getreuen gehorchen. Das nennt sich dann „Demokratie“. Die Sozialdemokratie kennt eben eine Demokratie nur, solange die sozialdemokratischen Interessen dadurch gefördert werden. Ist das nicht der Fall, dann sind die Demagogen autoritärer wie der russische Zar.

Streits und Lohnbewegungen.

Dortmund-Dortfeld. Im Sommer des Jahres 1911 traten die Arbeiter der Firma Drenstein und Koppel durch ihren Arbeiterausschuß an die Firma um Beseitigung einiger Mißstände und eine Lohnerhöhung heran. Die Mißstände wurden nach Möglichkeit beseitigt, eine generelle Lohnerhöhung jedoch abgelehnt. Auf Grund der äußerst mangelhaften Organisation konnte ein Druck zur Erreichung einer solchen nicht ausgeübt werden. Im April dieses Jahres traten die Vertrauensmänner der in Betracht kommenden Organisationen zu einer Sitzung zusammen und beschloßen, an die Direktion abermals mit Forderungen heranzutreten. Dieselben wurden auch der Direktion unterbreitet, nachdem die Kollegen in den Mitgliedserversammlungen jeder Organisation ihre Zustimmung erteilt hatten. Auf Grund der Verhandlungen der Direktion mit den Vertretern des christlichen und des deutschen Metallarbeiterverbandes machte die Firma eine Reihe von Zugeständnissen. Diese sind:

1. Den Arbeitern, resp. Kolonnenführern ist bei Übergabe der Arbeit auch der Akkordzettel, auf welchem der vereinbarte Preis vermerkt ist, zu übergeben.
2. Bei eintretendem Arbeitsmangel soll zur Vermeidung von Entlassungen werstattweise die Arbeitszeit verkürzt werden.
3. Einführung der Stägigen Lohnzahlung.
4. Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich eine Stunde in der Weise, daß Sonnabends um 3 Uhr nachmittags Schicht ist. Der Lohnausfall wird bezahlt.
5. Die Lohnarbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 10 Pfennig pro Schicht. Diejenigen Akkordarbeiter, die über 21 Jahre alt sind und noch keine 40 Pfg. Stundenlohn aufzuweisen haben, sollen betreffs Lohnerhöhungen weitgehende Berücksichtigung erfahren.
6. Einführung der Verhältniswahl zum Arbeiterausschuß. Wenn auch die geäußerten Wünsche der Arbeiter bedeutend weitgehender waren, als die gemachten Zugeständnisse, so sind doch namhafte Verbesserungen erreicht worden. So wurde mit der Einführung der Stägigen Lohnzahlung endlich Befreiung in das System der halbmönligen Lohnzahlung des hiesigen Bezirks gelegt. Neukerst wertvoll ist das Zugeständnis einer Arbeitszeitverkürzung. Für unsere 130 Mitglieder bedeutet dieselbe wöchentlich 130 Stunden und auf das Jahr umgerechnet 6760 Arbeitsstunden. Diese Zeit, die sie früher an der Arbeitsstelle stehen mußten, können sie heute für sich und ihre Familie benützen — hoffentlich auch zur Hausagitation.

Von großer Bedeutung ist für die Mitglieder unseres Verbandes die Einführung der Verhältniswahl zum Arbeiterausschuß, hatten wir doch in diesem bis jetzt keine Vertretung. Damit ist eine seit langem erhobene Forderung unserer Mitglieder erfüllt worden. Erwähnung verdient auch die Tatsache, daß die Organisation seitens der Firma anerkannt und Verhandlungen mit derselben gepflogen wurden, im wohlwollenden Gegenfatz zu den Gepflogenheiten der sonstigen größeren Werke des Industriebezirks. Es wäre mißzuversichtlich gewesen, wenn die Firma auch in der Lohnfrage größeren Entgegenkommen gezeigt hätte. Die Direktion sieht sich darauf, daß der Durchschnittslohn (einschließlich 140 jugendliche Arbeiter) durch freiwillige Lohnerhöhungen von 4,99 M. des vergangenen Jahres auf 5,22 M. im April dieses Jahres gestiegen sei. Angesichts der bereits gemachten Zugeständnisse und andererseits des Umstandes, daß von den beschäftigten 750 Arbeitern im besten Falle nur 400 Arbeiter organisiert sind, war nicht daran zu denken, durch einen Kampf mehr erzielen zu können.

Es liegt nun an den Kollegen, durch zähes Festhalten an der Organisation sich das Erreungene zu erhalten. Außerdem müssen sie durch eifrige Agitation unserem Verbands weitere Verbreitung und dadurch die Garantie zu weiteren Erfolgen schaffen. Die Unorganisierten aber mügen zu der Einsicht kommen, daß auch sie sich der Organisation anschließen müssen, wenn größere Erfolge erzielt werden sollen. Es ist eines ehrlichen Mannes unwürdig, dort mit die Ernte einzuharsten, wo man nicht gesät hat. Darum hinein in den arbeitsreichen Metallarbeiterverband.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Gewelsberg. Bei der Firma Wih. Schmidt, Schloßfabrik und Tempergleiter stehen die Arbeiter im Streik.

Düsseldorf-Gerresheim. In der Drahtstiftfabrik Dreher u. Sohn stehen die Arbeiter im Streik.

Erier. Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner der Installationsbranche gesperrt. Zureisende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hosenstraße 12 zu melden.

Hagen. Die Arbeiter der Firma Kraemer u. Freund (Fiederichter, Schleifer usw.) stehen wegen Ablehnung ihrer Forderungen im Streik.

Machen. Die hiesigen Former und Blechelarbeiter stehen im Streik.

Düsseldorf-Grevenbroich. Ueber die Dreherel der Maschinenfabrik Klingelhöffer ist die Betriebsperre verhängt.

Hannover. In der Metallindustrie von Hannover und Umgebung ist eine Bewegung zwecks Verkürzung der Arbeitszeit eingeleitet. Zureisende Kollegen haben sich deshalb vor Annahme von Arbeit im Büro, Rahnenwall 16, zu melden.

Werdohl. Ueber die Firma J. W. Dunter ist wegen Maßregelung die Sperre verhängt. Die Schleifer stehen im Streik.

Düsseldorf-Rath. Bei der Firma Poenagen sind Differenzen ausgebrochen. Ueber das Werk ist die Sperre verhängt.

Bedum. Wegen Differenzen in der Cementindustrie ist der Zugang von Schloßern, Drehern, Schmieden und sonstigen Metallarbeitern fernzuhalten.

Werdohl. Die Firma Gebr. Honsel in Eveling ist für Blechtannwarenarbeiter gesperrt.

Herdingen-Kaldenhausen. Ueber die Metallwarenfabrik Gustav Röhr ist die Sperre verhängt. Zugang von Drehern, Schloßern, Formern und Hilfsarbeitern ist streng fernzuhalten.

Schweizer. Bei der Firma F. A. Neumann, Fabrik für Kessel- und Gasometerbau und Eisenkonstruktion sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallarbeitern aller Art ist streng fernzuhalten.

Wessern-Muhr. Auf dem Stahlwerk Mark stehen sämtliche Arbeiter in Rüdigung. Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 9. Juni der vierundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. Juni fällig.

Die Ortsverwaltung Fürth i. B. erhält ab 27. Woche die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 20 Pfg. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Auf Antrag der Ortsverwaltung Duisburg wird das bisherige Mitglied Johann Scholzen wegen unkollegialen Verhaltens aus dem Verbands ausgeschlossen.

Die erste Auflage der Broschüre „Die gelben Werkvereine“ ist vergriffen. Da ein Neudruck notwendig ist, wollen die Verwaltungsstellen umgehend ihre Bestellungen an die Zentrale richten, damit die Höhe der neuen Auflage bestimmt werden kann.

Silbesheim. Das Mitgliedsbuch Nr. 120 074, ausgestellt auf den Namen Fritz Wilhelms ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Aus dem Verbandsgebiet.

Essen. (Schmiede und Zuschläger der Großbetriebe.) Nach dem die Berufskollegen aus dem Kleingewerbe in unserer Ortsgruppe ständig gute Erfolge erzielen, dürfen auch wir Schmiede und Zuschläger in den Großbetrieben nicht zurückbleiben. Auch wir kommen vorwärts, wenn wir pünktlich unsere Branchenversammlungen besuchen, für unsere Sache werben und jederzeit die Einigkeit hochhalten. Heute müssen wir leider feststellen, daß infolge der Nachlässigkeit unserer Berufskollegen die Mißstände sich ständig steigern; deshalb fort mit dem alten Schlenbrian. Wo sind die alte Berufsherrlichkeit und die Berufsehre geblieben? Leider ist an deren Stelle vielfach die Gleichgültigkeit getreten. Die Schmiede und Zuschläger glauben jetzt durch Schmutzkonzurrenz und Unterbietung der Löhne ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Dabei vergessen die Kollegen, daß sie bei Ausübung der Arbeit im Schmiedehandwerk abwechselnd der Qual, Hitze und Kälte, Sturm, Rauch und Regen ausgesetzt sind, und ihre Gesundheit dadurch meist schon frühzeitig untergraben wird. Die Arbeiter innerhalb unseres Berufes bedürfen einer besonderen Kraft, Geschicklichkeit und Intelligenz; besonders die Feuerarbeiter nach Zeichnungen zu fordern-Sauberkeit und Gewissenhaftigkeit. Häufig kommt es vor, daß für ein und dieselbe Arbeit ganz verschiedene Löhne bezahlt werden; z. B. einmal wird für einen Gegenstand 1,75 Mark bezahlt, acht Tage später bekommt ein Günstling für dasselbe Stück 3,25 M. Mit Recht betonte ein Kollege in der letzten Branchenversammlung, daß diese Vorkommnisse an der Tagesordnung wären. Da innerhalb der Arbeiterchaft eines Betriebes keine Einigkeit sei, könnten die Akkordpreise einseitig festgesetzt werden. Sehr häufig sind die Meister kaum in der Lage, Akkordpreise festsetzen zu können, da sie nicht gelernt Schmiede, sondern Schreiner, Maurer, Schreiber etc. sind, und solche Vorgefekte wollen allen gelerntem Schmieden und Zuschlägern Antweisungen erteilen, wo sie selbst keinen Hammer richtig schwingen können. Welche Ausbildung mügen die Lehrlinge dieser Betriebe genießen, wenn dem Meister jede Fachbildung und Materialkenntnis fehlen. Im Interesse der heranwachsenden Jugend unseres Handwerkes müssen wir gegen solche Einrichtungen entschieden Stellung nehmen.

In den Branchenversammlungen wird häufig darüber Klage geführt, daß die Unfälle, geradezu übermäßig steigen, was auch aus der Statistik der Unfallversicherung deutlich ersichtlich ist. Denn drei Viertel der Unfallvermehrung entfällt auf unser rheinisches Industriegebiet. In einem Essener Großbetrieb sollen sogar zwei Drittel aller Erkrankungen auf Unfall zurückzuführen sein. Bei geregelter Arbeitszeit und genügenden Ruhepausen blühte die Zahl der Unfälle bedeutend verringert werden. Auch die niedrigen Akkorde und die Beschäftigten tragen zur Vermehrung der Unfälle bei. Viele Kollegen beklagen sich darüber, daß den Schmieben und Zuschlagern wenig Gelegenheit geboten ist, während der Arbeitszeit sich Kaffee zu brauen, um dem Körper Flüssigkeit zuzuführen, wie es das übermäßige Schwitzen erfordert. Die Ventilationen sind meist so mangelhaft, daß die Kollegen kaum von einem Hammer zum andern gehen können. Mehrere Schmiebe beschwerten sich bitter darüber, daß es sich schätzbare mehrere Meister zum Sport machen, ohne jede Veranlassung Schmiebe zu Zuschlagern zu stemeln, sobald diese Kollegen mit einem täglichen Lohnausfall von 60 Pfg. bis 1,20 M. rechnen müssen. Bei der teuren Zeit empfindet jeder eine beratige willkürliche Lohnkürzung auf das Härteste. Die Schmiebe können nur dann recht lange ihre volle Leistungsfähigkeit erhalten, wenn sie dem Körper gesunde und reichliche Nahrung zuführen können. Es darf also darüber nicht die persönliche Günst entscheiden.

Es verlohnt sich, einmal die Praktiken der Meister etc. zu kennzeichnen. Bei Verhängung von Strafen und Vergebung besserer Arbeiten geht es meist nach Günst und Gabe. Liebedienerei, Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, die Mitgliedschaft in einem bestimmten Kriegerverein, sind ausschlaggebend für das Verdienst. Ob damit den Arbeitgebern gebietet ist? Von den Launen der Meister hängt so häufig die Höhe des Verdienstes ab, daß ist ein unhaltbarer Zustand. Um einen anscheinlichen Lohn zu erhalten, sind die Schmiebe und Zuschläger häufig gezwungen, die Arbeiten schlechter auszuführen. Der Verbrauch des Materials wird dabei bedeutend größer. Unter der Lohnrückerei leidet auch die Behandlung der Maschinen und des Werkzeuges. Selbst wenn die Meister genau wissen, daß die Vorkchläge zu niedrig sind, läßt man diese niedrigen Sätze bestehen. Die Mehrstunden werden auf andere Arbeiten gebucht, oder es wird dem betreffenden Schmiebe ein Gehalt oder Hilfsarbeiter beigegeben, oder es wird ein Nachschicht geschrieben mit der Angabe, das Material war schlecht. Die Schmiebe aber haben an solchen Schiebereien kein Interesse. Warum halten die Meister an diesen Manipulationen fest? Durch niedrige Akkordepreise gestalten sich die Produktionskosten scheinbar niedrig und die Ersparnisprämien für die Meister werden größer.

Kollegen, aus den angeführten Umständen ergibt sich für uns die Notwendigkeit, mehr wie bisher für den Verband zu arbeiten und die Versammlungen besser zu besuchen. Was die Schmiebe und Zuschläger im Kleinergewerbe können, das muß auch uns gelingen. Deshalb an die Arbeit. S. M.

Freundenberg. Auch für die Kettenindustrie ist die Zeit der Hochkonjunktur gekommen. Vollauf können die Kettenindustrie, ob Fabrik oder Seimarbeiter, beschäftigt werden. Aber trotz der vielen Aufträge, trotz der Rentabilität der Geschäftslage, trotz der schweren und aufreibenden Arbeit, welche die Kettenindustrie zu verrichten haben, setzen wir Löhne, welche geradezu beschämend sind. Nicht nur in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, sondern auch in der Zeit der guten Konjunktur sind Abzüge an der Tagesordnung. Bald in diesem, bald in jenem Betriebe; bald für diese, bald für jene Sorte wurden Lohnabzüge angekündigt. Ganz abgesehen davon, daß von festen Akkordepreisen überhaupt nicht geredet werden kann, wurden die Preise vielfach nach Günst und Gabe festgesetzt. Es wurde hierdurch ein solches Mißtrauen unter die Kettenindustrie gebracht, daß der eine in dem andern nicht mehr den Verursachern erblickte, sondern seinen schlimmsten Gegner, vor dem er sich in acht zu nehmen habe. Es entstand vielfach ein Wettstreiten um die Günst und Gabe des Unternehmers. Nicht nur allein das.

Mit der übertriebenen Anspannung der Arbeitskraft glaubte man eine Besserung herbeiführen zu können. Aber weit gefehlt. Ein Abzug war die Antwort. Anstatt nun ernstlich darüber nachzudenken, wie solche unwürdigen Verhältnisse gottes Besserer werden könnten, suchte gar mancher seinen Mittelwohlher herunterzuschlagen. Diese selbstverschuldeten unbilligen Verhältnisse hat manche Arbeiterfamilie an den wirtschaftlichen und moralischen Abgrund gebracht. Es ist deshalb eine dringende brennende Frage: „Wie ist es möglich, entsprechenden der Leistungsfähigkeit der Industrie die Lebenslage dieser Arbeiter zu heben und sie für höhere Lebensideale zu gewinnen? Da ist es vor allen Dingen notwendig, daß bessere wirtschaftliche Verhältnisse eintreten. Dieses ist möglich, wenn sich die Arbeiter dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen, der es sich angelegen sein läßt, auf eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuwirken.

Es wird uns vielleicht seitens der Kettenindustrie entgegengehalten, daß die Arbeitgeber nicht in der Lage wären, höhere Löhne zu bezahlen, weil die Spannungskuren in der Kettenindustrie zu weit eingerissen wäre. Aber wer trägt denn die Schuld an dieser Spannungskuren? Ich behaupte, daß die größte Schuld an jenen Spannungskuren liegt. Hätten die Kettenindustrie die Lohnabzüge abzuwehren gewinkt, hätten die Arbeitgeber wohl oder übel ihre Preise hochhalten müssen. Ich behaupte weiter und sage, hätten es die Kettenindustrie verstanden, sich zusammen zu schließen im christlichen Metallarbeiterverband und auf ein Lohnabzüge Lohnforderungen zuzugehen, vielleicht auch die Preise tariflich festzulegen, so wäre es sicherlich nicht zu einer Spannungskuren gekommen.

Auch die einschüchternden Arbeitgeber hätten sicherlich nichts dagegen einzuwenden gehabt, wenn es die Arbeiter fertig gebrächt hätten, die Spannungskuren hinauszuhalten. Diese Spannungskuren kann und muß beseitigt werden, zum Wohle der Industrie und der beteiligten Faktoren, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Gar mancher wird sagen, auch dann, wenn die Spannungskuren unter den heutigen Arbeitgebern beseitigt ist, wird keine Besserung zu erzielen sein, weil uns zu viel Konkurrenz geboten wird von den Außenländern, besonders von England. Es mag angegeben werden, daß die deutsche Kettenindustrie in England einen Konkurrenz erliden kann, aber darüber läßt sich reden. An der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und besonders am christlichen Metallarbeiterverband soll es nicht liegen, zu gegebener Zeit und an mangelhafter Stelle mit dem zu wirken, daß diesem Uebelstand abgeholfen wird. Mögen auch die Vertreter der Industrie nach dieser Richtung hin ihren Einfluß geltend machen. Nichtsdestoweniger hegen wir die Ansicht, daß die Außenkonkurrenz nicht so hart sein kann, daß dadurch in der Kettenindustrie so unbillige Verhältnisse

bestehen müssen. Betrachten wir die Kettenindustrie in der Größe bei Frelshu, soweit sie in den Fabriken beschäftigt werden. Sie haben sich nicht irre machen lassen durch Lohnabzüge und dergleichen, sondern stehen fest und treu zur Organisation und werden es nicht veräumen, zu gegebener Zeit an die Unternehmung zwecks Lohnhöhung heranzutreten. Mögen es die Kettenindustrie von Freudenberg und Umgebung nicht veräumen, den Weg zur Organisation einzuschlagen, denn nur dann, wenn die Kettenindustrie im christlichen Metallarbeiterverband organisiert sind, ist eine Besserung möglich.

Dortmund-Heim. Der rote Butsch der Bergleute bewährte sich hier als die Kraft, die das Böse will und das Gute schafft. Die christlichen Gewerkschaften sollten an die Wand gedrückt und dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter das schmerzstillende Halsband umgelegt werden. Diesen Zweck erreichte man nicht, aber man erzielte hier, daß den Bechenmetallarbeiter der Besche Hermann die Augen geöffnet wurden, daß sie sich organisieren und eine Ortsgruppe unseres Verbandes gründeten. In der ersten Versammlung, in welcher Kollege Kreis-Dortmund referierte, ließen sich sofort 22 Kollegen in den Verband aufnehmen. Mehrere Kollegen, die bisher dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter angehörten, traten zu unserm Verbands über, wodurch der neuen Ortsgruppe sofort ein festes Rückgrat gegeben wurde. Im Laufe der Zeit hat sich die Ortsgruppe auf zirka 40 Mitglieder verstärkt. In den bisherigen Versammlungen wurde vornehmlich zu den Lohnverhältnissen der Bechenmetallarbeiter und Tagelöhner Stellung genommen und dann auch erreicht, daß die Löhne um 10 bis 20 Pfg. pro Schicht aufgebessert wurden. Diese Aufbesserung muß allerdings als ungenügend bezeichnet werden. Hätten sich die sämtlichen in Betracht kommenden Arbeiter bereits alle organisiert, so wäre ohne Zweifel ein besseres Resultat erzielt worden.

Leider findet es eine Anzahl Arbeiter nicht für notwendig, dem Verbands beizutreten, so die Kesselheizer. Während die übrigen Arbeiter im Durchschnitt 4,60 bis 4,70 M. verdienen, erhalten die Kesselheizer nur 4,20 M. pro Schicht. Die Betriebsleitung sagt sich eben, diese Arbeiter sparen ja den Verbandsbeitrag und brauchen deshalb nicht so viel Lohn wie diejenigen, die den Beitrag bezahlen. Wir hoffen aber, daß auch diese Kollegen bald zur Einsicht kommen. Nicht nur die Lohnverhältnisse bedürfen einer Besserung, auch sonst herrschen noch Mißstände vor. So läßt die Behandlung seitens des Meisters Schaffer in der Schlosserei alles zu wünschen übrig. Insbesondere wird von ihm das Strafsystem sehr rigoros gehandhabt. „Ich bestrafe Sie mit 1,50 M.“, ist ihm überaus häufig. Sollte sich das nicht bessern, so setzen wir uns veranlaßt, uns einmal eingehend mit der Sache zu beschäftigen.

An den organisierten Kollegen liegt es nun, am Verbands fest zu halten und unermüßlich an dessen weiterer Ausbreitung zu arbeiten. Sie dürfen mit der Aufklärungsstätigkeit nicht eher einhalten, bis sich der letzte Kollege unserm Verbands angeschlossen hat: Ihnen und ihrer Familie zum Schutz — dem Gegner zum Trub!

Dierjen. Sehr unangenehm scheint der Firma Gebr. Dierjen, Herzhof, die Organisation der Arbeiter zu sein; wenigstens ist sie mit rührender Umsicht bestrebt, ihre Arbeiter der Organisation fernzuhalten. Als vor einiger Zeit dort zwei Kollegen Einladungen zu einer Betriebsversammlung verteilten, suchte Herr Dierjen die beiden weg zu jagen; damit hätte er natürlich keinen Erfolg. Daß aber trotz der gegenteiligen Ansicht der Firma auch die Arbeiter dieses Betriebes die Organisation bringen nötig haben, zeigt folgender Fall: Am 11. Mai war ein Arbeiter auf dem Hofe des Wertes mit Verladen beschäftigt. In diesem Zwecke befand er sich auf der 3-4 Meter hohen Bühne des Hebehans. Beim Drehen rutschte der Schrängel heraus — und der Arbeiter stürzte von der Bühne auf einen darunter befindlichen Schleifstein und dann aufs Pflaster. Der Mann trug dabei eine Gehirnerschütterung und einen Schulterblattbruch davon.

Was tat nun die angeblüh um das Wohl ihrer Arbeiter so besorgte Firma? Sie ließ den Verletzten trotz Gehirnerschütterung mit der Siehlarre, auf einem Bund Stroh gebettet, über einen holprigen Weg nach Hause fahren! Wer wollte da noch von menschenwürdiger Behandlung reden? Man sollte glauben, dieser Vorfall müßte doch nun den unorganisierten Arbeitern bei der Firma Dierjen die Augen öffnen. Das ganze Innere des Menschen bürmt sich auf gegen eine solche Behandlung.

Darum, ihr Kollegen bei der Firma Dierjen, rafft euch auf, trebet eurer Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband bei, dann wird es möglich sein, auch bei der Firma Dierjen andere Zustände zu schaffen. Man wird dort einsehen lernen, daß der Arbeiter, der seine Knochen zu Markte trägt, Anspruch darauf hat, ein Wort beim Arbeitsvertrage, bei der Festsetzung der Löhne und der Arbeitsbedingungen, mitzureden und daß er es sich ganz entschieden verbitten muß, wenn ein schwerverletzter Kollege in der unwürdigen Weise, wie es hier geschah, behandelt wird.

Literarisches.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung von E. Galm, Magistratsassistent in Aachenburg (Eisenstr. 3), Selbstverlag; 7. Auflage (31. bis 35. Lawend), Preis 20 Pfg. Eine vom f. b. Staatsministerium des Innern empfohlene Broschüre, die nicht allein die seit 1. Januar 1912 geltenden Bestimmungen in klarer, volkstümlicher Weise darlegt, sondern auch tabellarische Uebersichten der Höhe der Invaliden-, Alters-, Witwen-, Witwen- und Waisenrenten enthält. Jede versicherungspflichtige und versicherungsberechtigte Person sollte im Besitze dieser vortrefflichen Anleitungschrift sein.

Der Verfasser liefert unseren Verbandsangehörigen portofrei 100 Stück der Broschüre zu 10 M. Bestellungen sind direkt an den Verfasser zu richten.

Das Budgetrecht des Deutschen Reichstags und der Reichshaushaltsrat. Zweite Auflage. 89 (66) M.-Glabach 1912, Volksvereinsverlag GmbH. 40 Pfg., postfrei 45 Pfg.

Die Kenntnis des Budgetrechts, der Hauswirtschaftsordnung, nach der das Reich sein Soll und Haben zu regeln hat, findet sich trotz der großen Wichtigkeit des Stoffes verhältnismäßig selten im Wissen des Laien. Hoherfreudlich ist es daher, daß die rühmliche „Staatsbürger-Bibliothek“ auch einmal dieses Thema zur Abhandlung bringt. Besonders wertvoll wird die Arbeit dadurch, daß der Verfasser neben Festlegung des Begrifflichen, neben der Art des Geschäftsganges in der „Reichsbuchhaltung“, in Form von Anlagen auch an Beispielen, die der Wirklichkeit entlehnt sind, dartut, wie die

Maschinerte in der Praxis arbeitet. Gute Disposition und Durcharbeit macht die nicht immer ganz einfache und teilweise etwas trockne Materie auch den minder Geschulten mundgerecht. Das Bülkerrecht. Eine Einführung für Nichtjuristen. Von Dr. Hans Wehberg. 8% (48) M.-Glabach 1912, Volksvereinsverlag GmbH. 40 Pfg., postfrei 45 Pfg.

In steigendem Maße spielt das Völkerrecht im Leben der Nationen untereinander eine bedeutsame Rolle. Unumgänglich ist es daher für die Staatsbürger, sich über Wesen und Wirkung dieses Rechtes, das sich im Gefandtschafts- und Konsularvertrage, im Abschluß internationaler Verträge und im allgemein von den Kulturstaaten anerkannten Kriegs- und Friedensrecht mehr und mehr regelnd durchsetzt, zu belehren. Das vorliegende, mit Personen- und Sachregister ausgestattete, klar und leichtfaßlich gehaltene Heft der „Staatsbürger-Bibliothek“ entspricht dem Zweck der Selbstbelehrung aufs beste und ist deshalb aller Empfehlung wert.

Briefkasten

Nach Annweiler-Beilheim, Elsbürg, Mänchen zc. Berichte folgen in nächster Nummer.

Sterbetafel.

Donzig. Am 28. Mai starb unser Kollege August Lasowski im Alter von 45 Jahren an Herzschlag. Ehre seinem Andenken!

Versammlungskalender.

- Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Freitag, den 7. Juni.**
Essen, Altemuer im Kleingewerbe. Abends 8.30 Uhr im „Altenbühnen“, Frolshauerstraße 19.
Haltern. Abends 8.30 Uhr im Verbandslokal.
Sonntag, den 8. Juni.
Augsburg. Abends 8 Uhr in der Schützenhalle.
Altenbühnen. Abends 8.30 Uhr bei E. Keeler, am Brühl.
Rechenburg. Abends 8.30 Uhr bei Frau, Schützenstraße.
Berlin-Nord. Abends 8.30 Uhr bei Thiele, Gutfeststr. 4-6.
Duisburg. Abends 8.30 Uhr bei Gieseler, Waghelmerstraße.
Duisburg-Kleingewerbe. Abends 8.30 Uhr bei Pasentamp, Friedrich-Wilh. Str.
Düsseldorf. Abends 8.30 Uhr bei Kleinlein.
Düsseldorf-Deventorf. Abends 9 Uhr bei Quertling, Münsterstraße, Ecke Barbakaststraße 21.
Düsseldorf-Oberkassel. Abends 9 Uhr bei Boffen, Ruegallee 50.
Dortmund-Westmar. Abends 6.30 Uhr bei Hoff.
Dortmund 1. Abends 9 Uhr im Christlichen Gewerkschaftshaus, Werkereistraße 62.
Halle a. S. Abends 8.30 Uhr bei Schott, Werfbergerstraße 9, Ref. Kollege Reichert.
Herne. Abends 8.30 Uhr bei Stemmerger (Christl. Gewerkschaftshaus).
Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten.
Köln-Großentel. Abends 9 Uhr bei Korndörfer, Replerstraße.
Köln-Endenthal. Abends 9 Uhr bei Sadelber, Bagemerstr. 129.
Milbchen. Abends 8 Uhr im Lokale „Leopoldstraße“, Senefelderstr. 11.
Stuttgart-Buffenhanien. Abends 8.30 Uhr in der Traube.
Springer-Baan. Abends 8.30 Uhr bei Kahlmüller.
Ulm-Heide. Abends 8.30 Uhr bei Wme. Lange.
Wohlfühl. Abends 8.30 Uhr bei Schmidt, Kaiserstr. 178.
Sonntag, den 9. Juni.
Dortmund-Allen. Vorm. 11 Uhr bei Müllmann.
Dortmund-Berne. Nachm. 5 Uhr bei Zellenburg.
Duisburg. Versammlung auf den 8. verlegt.
Duisburg-Obermeiderich. Nachm. 4.30 Uhr bei Meffer, Essen-Steelerstraße.
Düsseldorf-Eller. Vorm. 11 Uhr bei Haasvoelt, Gumbertstraße 120.
Düsseldorf-Gerd. Vorm. 11 Uhr bei Böffen, Grefesbergstraße.
Düsseldorf-Widerich. Vorm. 11 Uhr bei Delmes-Meer.
Essen, Suttrop, Stadt, Nordost und Stoddenberg. Vorm. 10.30 Uhr bei Spahn, Steelerstr.
Essen-Carnay. Nachm. 4.30 Uhr in Horst-Emscher bei Wirt Th. Gollmann.
Essen-Werden. Vorm. 11 Uhr bei Palmberg.
Großenbaum. Vorm. 11 Uhr bei Mehlert, am Bahnhof.
Karlsruhe-Darlanden. Nachm. 8.30 Uhr im Gasthaus zum Hirsch; nachher T.-Unterhaltung dafelbst.
Rangendreyer. Nachm. 3.30 Uhr bei Wiesmann.
Welschen. Morgens 11 Uhr bei Kiebler.
Milbchen-Solmeide. Morgens 11 Uhr im Lokale Grof.
Milbchen-Werheim und Brühl. Morgens 11 Uhr im Lokale Schumacher.
Milbchen-Stammheim und Elttard. Morgens 11 Uhr im Lokale Hörter.
Milbchen-Reirath. Morgens 11 Uhr im Lokale Wme. Th. Demmer.
Milbchen-Jugendliche. Vorm. 10 Uhr im Kollergarten, Schwanthalstraße.
Reheim-Gachen. Vorm. 10.30 Uhr.
Reuwig. Vorm. 11 Uhr im Lokale „Drei Schweizer“.
Riebern. Nachm. 3.30 Uhr Versammlung.
Ober-Barmen. Vorm. 11 Uhr im Jägerhof, Ecke Jäger- und Widlinghauserstraße.
Siegburg. Morgens 11 Uhr Karlewerk, im Lokale Almoriten.
Southofen. Nachm. 3.30 Uhr im Lokal.
Stranbing. Vorm. 10.30 Uhr im „Münchner Hof“.
Süch am Rhein. Morgens 11 Uhr im Lokale Dier.
Uerdingen. Abends 8 Uhr bei Schmitz, „Zum Parlament“.
Mittwoch, den 12. Juni.
Dortmund-Rastrop. Abends 6.30 Uhr bei Steverding.
Hersburg. Abends 8.30 Uhr bei E. Rabe, Marlenstraße 1.
Donnerstag, den 13. Juni.
Dortmund 2. Abends 7.30 Uhr bei Kleinberg, Destermarschstraße.
Karlsruhe-Etlingen. Sektionsversammlung.
Sonntag, den 15. Juni.
Berlin. Abends 8.30 Uhr in Schulz-Festhalle, am Königsgraben 14a.
Coblenz. Abends 8.30 Uhr bei Stein.
Dortmund-Allen. Abends 8.30 Uhr bei Langmann, Bismarckstr.
Durlach. Abends 8.30 Uhr im „Bühnenhof“.
Eisenach. Abends 8.30 Uhr im Weimarischen Hof.
Freiburg. Abends 8.30 Uhr im Gantebrau, Schifflstr. 7.
Essen-Steele-Krag. Abends 8.30 Uhr in Steele bei Wirt Seebon.
Silve-Deltern. Abends 8.30 Uhr bei Keller. Wichtige Tagesordnung.
Sagen-Boelerheide. Abends 8.30 Uhr bei Gensmann. Wichtige Tagesordnung.
Sagen. Abends 8.30 Uhr bei Meent. Wichtige Tagesordnung.
Samburg. Abends 9 Uhr bei Schröder, Zährstraße 97.
Ingolstadt. Abends 8 Uhr im Lokal Veretinshaus.
Köln-Kalk. Abends 9 Uhr bei Göttingberg, Breuerstr. 14.
Köln-Denz. Abends 9 Uhr im Restaurant „Zur Krone“, Freiheiterstr.
Milbchen. Abends 8.30 Uhr bei Ed. Rotendahl, Werdertstraße.
Milbchen-Warmen. Abends 9 Uhr bei Lindemann, Oberdornersstr. 69.
Reheim 3. Bezirk. Abends 8.30 Uhr bei Lattich, Hauptstraße.
Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im räumlichen König.
Stuttgart-Cannstatt. Abends 8.30 Uhr im ev. Arbeitervereinslokal.
Sonntag, den 16. Juni.
Andernach. Vorm. 11 Uhr im Hotel Samu.
Geselsberg. Nachm. von 4 Uhr ab Sommerfest in den Lokalitäten bei F. Schillen, „Zum Postwagen“.
Sagen-Wehringhausen. Morgens 11 Uhr bei Simon. Wichtige Tagesordnung.
Sönnigen. Nachm. 4 Uhr bei Schiffermann.
Söln-Voll. Morgens 11 Uhr bei Fehder, Hauptstr. 25.
Reheim 5. Bezirk. Nachm. 2 Uhr in der Schützenhalle.
Odenkirchen. Vorm. 11 Uhr bei Morgan, Rheydterstraße 136, sehr wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
Troisdorf. Morgens 11 Uhr bei Geseberg, Troisdorf.